

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Algenrengasse 14, Wollschloßstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsbüros zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1,70 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Druckort: Breslau 2
Verlags- und Druckerei: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5552.

Anzeigenpreis: 10 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 Zeilen 7 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Trauungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Wetterwolken vom Osten.

Die europäischen Hauptmächte haben ihre Blicke schon durch die Friedenserklärung von Locarno darauf gerichtet, daß sie die nächsten großen weltpolitischen Konflikte außerhalb von, es Erdballs erwarten. Der „Kampf um die letzten Reste des Weltkapitals“, mit dem die sozialistische Theorie seit ihrer Unterwerfung der ökonomischen Grundlagen des modernen Imperialismus in den Jahren vor dem Weltkriege rechnet, entwickelt sich tatsächlich vor rasch, daß der Locarno-Friede in Europa heute bereits als eine Sicherungsmäßnahme der Westmächte für ihre Rückenbedeckung im letzten Augenblick erscheint.

Am heftigsten erfolgen die Entladungen der Rücklage gegen die imperialistischen Vorstöße augenblicklich in China, dessen innere Kämpfe ja zum großen Teil Auseinandersetzungen zwischen erwachendem Nationalismus und gelben Soldtruppen der am chinesischen Geschäft interessierten Auslandsmächte England, Amerika, Frankreich, Japan und Rußland sind. Die Vorgänge sind infolge ihrer Verschleierung als Bürgerkrieg und des Scheiterns der Parteistellung einzelner „Generale“ nicht immer durchsichtig. Sie erfassen aber jetzt auch bereits so unmittelbar unter den Schiffskanonen liegende Millionenstädte wie Tientsin, das in den Weihnachtstagen seinen Beherrscher gewechselt hat. Der geschlagene General Kungtschin ist als Rußenfreund, der jetzt wieder siegreiche Tschangtschin als Vertrauensmann Japans. Danach wäre ein Rückschlag in den Erfolgen der mit den Bolschewisten verbündeten Nationalisten festzustellen, wenn nicht der Sieger jetzt auf Grund seiner verstärkten Macht selbst bald eine Politik von starker nationalitätlichem Charakter annehmen sollte, wie das nach den Erfahrungen der letzten Jahre nahe liegt.

Einige Tage vorher hat sich in Vorderasien gegen die englandfreundliche Woffulentscheidung des Völkerbundes ein neues Bündnis zwischen der Angora-Türkei und den Bolschewisten gebildet. Obgleich in Angora die Neigung zu sofortigen Vorschlägen zwecks Beilegung des umstrittenen Erdölgebiets überwinden zu sein scheint, gewinnt der ungelöste türkisch-russische Konflikt mit diesem Rußenbündnis doch eine bedrohliche weltpolitische Bedeutung. Es taucht die Möglichkeit auf, daß von hier aus der ganze englisch-russische Gegenstand aufgerollt und zu kriegerischer Lösung überführt wird. Bedenklich ist schon in der Jarenzeit die Konkurrenz der asiatischen Ausdehnungspolitik Rußlands mit der Englands eines der stärksten internationalen Spannungsmomente, so ist heute mit den Bolschewisten der erwachende Nationalismus ganz Asiens und halb Afrikas im Bunde, mag er reaktionär monarchistisch sein wie in Afghanistan, kleinbürgerlich-romantisch wie in Indien oder halb proletarisch, halb militaristisch wie in China.

Auf der anderen Seite hat der unverhüllte Imperialismus der konservativen britischen Regierung Baldwin-Chamberlain nicht verstanden, über die europäische Friedenserklärung von Locarno hinaus Verbündete für seine Beziehungen zu gewinnen. Warnend weist der bekannte Außenpolitiker der englischen Arbeiterpartei, Genosse Paulsford, im „New Leader“ darauf hin, daß England auch zu den Spaniern wegen Gibraltar, zu den Italienern wegen Malta, zu den Griechen wegen Cypern, zu den Arabern wegen Palästina, zu den Ägyptern und schließlich zu den Japanern wegen Singapur in offenen oder geheimen Gegensatz stehe. Man wird hinzufügen dürfen, daß auch das Verhältnis zu Frankreich in der Kolonialpolitik kein ungetrübtes ist, wie schon aus der Paris-Paris sehr unerwünschten Einmischung eines englischen Agenten in die marokkanischen Friedensverhandlungen hervorgeht. Auch die Ausgleichsbemühungen Tschitscherins gerade in Paris deuten darauf hin, daß die deutsch-französische Solidarität künftigen Diplomaten nicht weit über die Friedenserklärungen von Locarno hinauszureichen scheint.

Diese Tschitscherinsche Politik des Ausgleichs mit den bürgerlichen Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien und den anderen europäischen Staaten unter gleichzeitiger Bemühung um Loslösung dieser Staaten von England hat letzten Endes wohl auch die entscheidende Entscheidung der russischen Kommunisten auf ihrem Moskauer Par-

teitag veranlaßt. Es ist kein ganz äußeres Zusammenreffen, wenn Tschitscherin bei Stresemann und sogar bei Seekt frühstückt, wenn er Briand Festlichkeit gibt und mit Mussolini Herzlichkeiten austauscht, während gleichzeitig Sinowjew in Moskau in die Opposition gedrängt wird. Tschitscherin treibt russische Außenpolitik, die zwangsläufig der russischen Staatsraison folgt. Sinowjew ist der Propagandist der Dritten Internationale, die weder bei Seekt noch beim Emir von Afghanistan etwas zu gewinnen hat. Die russischen Kommunisten haben sich gegen die Gefinnungssammlung Sinowjews für die Staatspolitik Tschitscherins entschieden. Leicht ist ihnen das sicherlich angeht ihrer proletarischen Ideologie nicht gefallen, obgleich die Mehrzahl der Parteimitglieder an den bolschewistischen Staatsgedanken ja durch Staatsämter gebunden ist. Offenbar erwarten auch die Bolschewisten eine Verschärfung der weltpolitischen Auseinandersetzungen, in der sie sich weniger auf Klassenbewußtsein als auf Staatsmacht verlassen wollen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird trotz der vorläufigen Ausschaltung des noch nicht erhaltenen deutschen Imperialismus diese Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen, wenn sie nicht politische Ueberraschungen erleben will.

Tschangtschin erobert Tientsin.

Neuter meldet zur Lage in China:
Einem Bericht aus Tokio zufolge waren trotz des vollständigen Zusammenbruchs der Rußen-Kolonialtruppen die Verluste nicht erheblich. Donnerstag abend haben jedoch die Nationaltruppen Tientsin besetzt und die Verfolgung der Tschitschin-Truppen aufgenommen. In Tientsin herrscht Ruhe. Der Eisenbahnverkehr mit Peking wird wieder aufgenommen werden.

Nach japanischen Berichten aus Peking ist General Kuojonglin, der Verteidiger von Tientsin, hingerichtet worden. Nach einer Meldung der Zeitung „Mandarin“ wurde auch seine Gattin erschossen. Weiteren Nachrichten aus Peking zufolge haben sich sämtliche Generale Kuojonglins Tschangtschin ergeben.

Die Vereinigten Staaten haben acht Zerstörer und eine Kompanie Landungstruppen von Manila nach China entsandt. Eine zweite Landungskompanie soll folgen. Auch das englische Kriegsschiff „Vermouth“ ist von Malakka nach China in See gegangen.

Das russisch-türkische Bündnis.

Pariser Blättern wird aus Konstantinopel berichtet, daß Mustafa Kemal Pascha sich im April nach Moskau begeben werde, um mit Tschitscherin über die durch den kürzlich in Paris abgeschlossenen russisch-türkischen Vertrag geschaffene Lage zu verhandeln.

Englischer Arbeiterprotest gegen die Außenpolitik des britischen Imperialismus.

In seiner letzten Sitzung hat der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands in Bezug auf den Vorkriegsstand folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Parteivorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei bestrachtet mit Sorge und Entrüstung die Politik der Regierung, die Verlängerung des britischen Mandats über das Palästina-Gebiet für eine Zeitdauer, die 25 Jahre betragen kann, anzunehmen.“

Das Bestehen einer mächtigen kapitalistischen Gruppe, die die Ozeane von Moskau zu sichern, war seit den Geheimverträgen während des Weltkrieges bis zum heutigen Tage der Beweggrund, der die verschiedenen britischen Regierungen zu einer gefährlichen Expansionspolitik veranlaßt hat. Dieser Politik wegen ist der Wille der arabischen Bevölkerung von Palästina, die gegen die Verlängerung unseres Mandats, die nicht abgelehnt werden, ein neuer Herd von Unzufriedenheit, der ebenso schlimm wie der ägyptische Herd werden mag, in allen unseren künftigen Beziehungen hineingetragen; wie werden mit militärischen Ausgaben belastet, die sich auf 10 Millionen Pfund jährlich belaufen können; und damit wird ein Streit mit den Türken ansatzbereit, der früher oder später zum Krieg führen kann.

Die Politik des wirtschaftlichen Imperialismus verschärft die Gefahren, die die konservative Regierung bereits in Asien hervorgerufen hat. Die Regierungspolitik hat das hindische Volk gegen uns vereinzelt, sie hat uns Rußland zum Gegner gemacht, und jetzt fordert sie die Türkei heraus.

Die Unabhängigen Arbeiterpartei ruft zu einer einheitlichen und entschlossenen Opposition der gesamten Arbeiterbewegung gegen diese imperialistische und gefährliche imperialistische Politik auf. In der Arbeiterbewegung, daß die öffentliche Meinung gegen die Verlängerung des Mandats ist, verlangt sie eine freie Wahlprüfung des Parlaments zu entscheiden. Sie ersucht schließlich die Labour Party, in voraus zu erklären, daß diese sich in der Behandlung des Palästina-Problems durch die Schritte, die die Baldwin-Regierung treffen mag, in keiner Weise gebunden fühlen wird.

Die zunehmende Erwerbslosigkeit.

Die Zahl der Erwerbslosen in Bayern ist von 102 000 am 15. Dezember bis zum 24. Dezember auf rund 120 000 gestiegen. Das ist das Vierfache von Anfang November.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Thüringen ist in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember von 16 599 auf 31 559 gestiegen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger liegt in der gleichen Zeit von 20 718 auf 43 025.

Aus den Feststellungen der sächsischen Landesarbeitsämter ergibt sich, daß die Zahl der Erwerbslosen im Verlauf der letzten Woche durchschnittlich um über 40 Prozent gestiegen ist. Einzelne Gemeinden Sachsens weisen sogar eine Steigerung um 100 bis 120 Prozent auf. Die sächsische Regierung will den vom Arbeitsloseneind besonders betroffenen Gemeinden 2 Millionen Mark zur Verfügung stellen und sobald wie möglich den Bau von Straßen und Gebäuden, die erst im nächsten Haushaltsjahr geplant waren, schon jetzt in Angriff nehmen lassen.

Richard Runze kapituliert vor der völkischen Konkurrenz.

Wie die Herren v. Graefe und Runze in einer gemeinsamen Kundgebung mitteilen, hat sich die bisher unter der Führung Runzes stehende „Deutsche Sozialistische Partei“ der „Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ angeschlossen, die von Graefe, Reventlow und Walle geführt, den abseits von Hitler stehenden völkischen Fraktionen repräsentiert.

Rechtsblödigkeit für Kommunisten!

Die Untersuchungskommission des französischen Parlaments für die Geheimfonds-Frage hat einer gewissen Continouza vor, einen Agenten des Nationalbundes, der eine Anzahl Scheidats an Kommunisten verteilte. Man hat nun festgestellt, daß Scheidats zu 6000 Franken an Kommunisten in den Departements Ybere, Dordogne, Haute-Vienne und Ost-Prantien verteilt wurden. Die Kommission möchte feststellen, ob solche Zahlungen allgemein waren, oder sich nur auf einige Departements beschränkten. Continouza hat es bisher verweigert, zu antworten.

Spanien lehnt Abd el Krims Friedensfühler ab.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die spanische Regierung hat zu der Mission des englischen Kapitäns Canning, der Friedensbedingungen Abd el Krims überbrachte, in einer Beantwortung Stellung genommen, die von Havas natürlich aus bestimmten Gründen ausführlich verbreitet wird und in der es heißt: „Nach dem Siege der französischen und spanischen Truppen im Laufe des letzten Feldzuges, und nachdem die spanischen Truppen im Abschnitt von Abir gelandet sind und dort feste Stellungen bezogen haben, kann man einen Abgesandten Abd el Krims nicht ernst nehmen, wenn dieser, wie Kapitän Canning, die Bedingungen, die der Vorkriegsregierung annehmen bereit ist, nur auf die Annahme der religiösen Autonomie des Südens beschränkt, im übrigen aber die völlige Unabhängigkeit fordert, die sich unter dem Namen „weitgehende Autonomie“ verbirgt und wenn er ferner außer anderen Vorteilen für die muslimischen noch die Abtretung von Gebietsstücken verlangt, die Frankreich und Spanien unter großen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens besetzen mußten.“

Wenn Abd el Krims etwa Zeit gewinnen will, sich wieder zu erholen, so darf er nicht vergessen, daß die französische und die spanische Regierung über ihre Interessen wachen und nur Bedingungen annehmen werden, die ihrer Lage als Sieger entsprechen.“

Waffenstillstand in Syrien?

London, 27. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Aus Beirut wird gemeldet, daß die Feindseligkeiten in Syrien zwischen den Drusen und den Franzosen eingestellt worden sind. Es wurde ein vorläufiger Friedensvertrag unterzeichnet, über den Einzelheiten vorläufig noch nicht bekannt sind.

Alärende Wirkung des Finanzprogramms der französischen Linken.

Paris, 27. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die innerpolitische Lage in Frankreich scheint sich rascher zu klären, als man vor kurzem noch annehmen konnte. Die von der Sozialistischen Kammerfraktion ergriffene Initiative zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Finanz- und Sanierungsprogramms der drei Hauptgruppen des Linkenpartei hat Ergebnisse gehabt, deren Tragweite am besten in der außerordentlichen Verlegenheit der Rechten zum Ausdruck kommt. Keines der Organe des Nationalen Blods wagt zu bestreiten, daß die von der Finanzkommission des Linkenpartei ausgearbeiteten Finanzentwürfe populärer sind als die von den verschiedenen Finanzministern in den letzten Monaten gemachten Vorschläge. Da die Linke sich keine Weichheitslinien erlauben, sondern durchdringt, wird es ihr möglich sein, ihre Entwürfe früher einzubringen als der Finanzminister Doumer die seinen. Da Doumer mit seinem Hauptvorschlag, die Umfassener zu verdoppeln, um das Mißverhältnis zu decken, auf so harten Widerstand gestoßen ist, daß Briand sich gezwungen gesehen hat, die Entscheidung noch einmal hinauszuschieben, steht natürlich die Frage im Vordergrund, ob es in der letzten Woche des Jahres 1925 noch einmal zu einer neuen Kabinettliste kommt.

Briand ist sich klar darüber, daß sich diese Krise auf die Dauer nicht vermeiden lassen wird. Er scheint nur den Wunsch zu haben, ihren Ausbruch bis zum außerordentlichen Parteitag der Sozialisten am 10. Januar zu verzögern. Der vom Parteiausschuß der Sozialistischen Partei Frankreich mit der Ausarbeitung zweier Berichte für den am 10. Januar 1926 stattfindenden außerordentlichen Parteitag beauftragte

Ergebnisausschuss hat seine Arbeiten beendet. Der Bericht der...

Die Offizierspensionen und ihre Verteidiger.

Die sozialdemokratische und die demokratische Presse hat in...

Mehr aber als die Rechenschaft interessiert die Gestaltung...

Die alten Offiziere beanspruchen keinen besonderen „Dank“...

Schlieflich sei aber die Frage erlaubt, ob man wohl glaubt...

Die Leute, die so schreiben, halten es offenbar für notwendig...

Wir verlangen vom heutigen Deutschland, daß es den Notleidenden...

Die wenigen Großgrundbesitzer spielen zahlenmäßig kaum eine Rolle...

Den Fürsten a. D. können sie von Herzen willkommen heißen...

Deutschquationel!

Die Länderminister zur Wohnungsfrage.

Im Reichsarbeitsministerium fand unter dem Vorsitz des...

Aus schweren Tagen.

Erstes und letztes. Von Adolf Hoffmann. (Andererichtigter Nachdruck verboten.)

Internationaler Antisemitismus.

Aus Bukarest wird uns geschrieben: Durch die Presse geht die Nachricht vom Nachgeben des...

Dies Beispiel kennzeichnet deutlich genug Ungarn als das Zentrum...

Während sich im eigenen Land die Hakenkreuzler immer als die begehrtesten Nationalisten ausgeben...

Hauptagitationsmittel der rumänischen Antisemiten war aber bisher...

Wir erinnern uns unmittelbar an Bayern im Spätherbst 1923...

fallen, mit Stöcken geprügelt und Messern gestochen...

Aus dem Reich.

Die Buge am Weihnachtsabend. Der „Tag“ hat in der Weihnachts-Nachtausgabe...

Erhardt vollkommen amnestiert! Der Staatsgerichtshof hat nach...

Stahlhelm-Wahlkisten? In der Zeitung des Landverbands Braunschweig...

Dolchstoßurteil und Annexion. Das bayrische Annexionsurteil...

Die Fememörder, die sich bisher im Gerichtsgefängnis Landsberg...

Das Land der Titel. Entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung...

Die Zentrumspartei hat ihren Reichsparteivorstand und Fraktionsvorsitzende...

Sonntag, in diesem Falle von ihrer Schusswaffe Gebrauch zu machen.

Herr Weinert war hier nicht. Der Empfang war aber für die Zukunft vielversprechend.

Italienische Jahresbilanz.

Aus Rom wird uns geschrieben:
Niemand wird behaupten wollen, daß der Rückblick auf das nun verfloßene Jahr für das italienische Proletariat erfreulich ist. In dem Jahre sind der Arbeiterschaft die wenigen Positionen abgenommen worden, die sie noch inne hatte, und der Faschismus hat sich durch einen Stachelstich von Gelehen in seiner Stellung zu sichern gesucht. Immerhin hat die Lage am Jahresfluß 1925 vor der des Vorjahres insofern Vorteile, als man heute sieht, worauf das neue Regime hinaus will. Man sieht, mit welchen Hastorganen sich die heute herrschende Schicht an ihre Machterstellung macht, und erkennt deutlich, daß ihr ganzes Regierungsprogramm sich in der Aufgabe erschöpft, am Ruher zu bleiben. Die parlamentarische Gesetzesfabrik der letzten Wochen, bei der selten mehr als eine Sitzung auf jedes Gesetz verwendet wurde, stellt uns jetzt die ganze faschistische Gesetzesarbeit auf dem Gebiet des Verfassungswezens, der Gesetzgebung, der Wirtschaft vor Augen. Der Faschismus hat mit seinen „großen Reformen“ herausgerückt, und das italienische Proletariat kann sich den Schaden bei Licht besichtigen. Keine eben erfreuliche Beschäftigung, aber immerhin ein Ausblick auf bessere Zeiten. Die faschistischen Gesetze sind gemacht, stehen alle hübsch sauber auf dem Papier und werden bald auch in Regierungsanzeiger stehen; aber in ihnen ist nichts anderes verkörpert als der Wille, den Gegner zu zermalmen, oder richtiger, den Konkurrenten von der Beute fernzuhalten. Die Behauptung der Regierung als Selbstzweck mag in der Tagesgeschichte recht ergiebig sein; eine geistliche Perspektive erschließt sie nicht.

Das Jahr 1925 hat einen umfangreichen gesetzlichen Apparat geschaffen, durch den der Faschismus jeder Möglichkeit vorbeugen will, aus der Regierung verdrängt zu werden. Die Kritik der Presse wird einfach dadurch beseitigt, daß das neue Pressegesetz die Ausübung jeder mißliebigen Zeitung jederzeit ermöglicht, ebenso wie ihre finanzielle Abwürgung, durch die festgesetzte Satzpreise des Druckers und der Aktienbesitzer. Der Informierung des Auslandes über italienische Zustände will man durch das Gesetz gegen die „Emigrierten“ einen Kiesel vorziehen; jede im Ausland getane Äußerung über das herrschende Regime, auch wenn sie kein Verbrechen darstellt, kann den Italiener, auf den sie zurückgeführt wird, den Verlust der Staatsbürgerrechte und die Einziehung des Besites kosten. Garantien und Appellinstanzen hat der Verdächtige so wenig, wie feinerzeit die auf administrativem Wege nach Sibirien Verschickten. Das Beamtenengesetz stellt bis zum 31. Dezember 1926 die Beförderung jedes Beamten frei, der im Verdacht steht, ein Faschist zu sein; das gilt auch für die Universitätsprofessoren. Auf dem Gebiet der kommunalen Autonomie hat man vorläufig ihre Befestigung in Rom selbst verfügt, daß statt durch einen wählbaren Bürgermeister durch einen von der Regierung ernannten Gouverneur regiert wird, dann in allen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern, so in allen Kurorten; für diese ernannt die Regierung „den Nobelen, auf den die bisherigen Befugnisse der Stadträte übergehen. Der Freizügiger-Kampagne gegen ihn, die Einziehung seines Besites, ist noch nicht verwirklicht, wahrscheinlich, weil man einen gewissen nordamerikanischen Späherblick in dieser Angelegenheit fürchtet.

Die Möglichkeit zu weiteren Abwehrmaßnahmen hat sich dem die Regierung einmal in der Vermehrung der Befugnisse des ersten Ministers gesichert, der nunmehr nicht nur noch dem König verantwortlich ist und nicht auf einen Kanzler aus Lebenszeit wird, der gegen Kritik und Attentate ungeführt durch dieselben Strafmaßnahmen geschützt wird wie der König. Weiter durch das Gesetz, das der Regierung ermöglicht, auf dem Verwaltungswege einen großen Teil der Angelegenheiten zu entscheiden, die bisher dem Parlament vorgelegt werden mußten, und durch die Ermächtigung, das Strafgesetz, die Strafprozedur und das Polizeigesetz umzugestalten. Hier kann die Regierung ihren ganzen reaktionären Geist ausstrahlen. Die Polizei soll künftig den Italiener von der Wiege bis zum Grabe so treulich begleiten, daß der preußische Anzettel der Vorkriegszeit im Vergleich ein freies Steppensperd wird. Das Hauptgewicht wird auf die Verhütung der Verbrechen gelegt werden (man vergleiche das Attentat Jamiboni); für die Arbeiter werden Inlandsreisen mit polizeilichen Leumundzeugnissen angedroht.

Nun ist eine Regierung aber dadurch noch nicht lebensfähig, daß jede Gegnerschaft gegen sie gesetzlich verboten ist. Da bleibt immer noch die ungemütliche Arbeiterfrage, die man auf dem Verordnungswege nicht einfach aufheben kann. Gibt man die Arbeiter weiter wehrlos dem Kapi-



Die Trauer um Pablo Iglesias.

Die Beisetzung des Organisators und Führers des spanischen Sozialismus und des Gewerkschaftslebens in Spanien, Pablo Iglesias, gestaltete sich zu einer überaus machtvollen Kundgebung. Die Teilnahme weitester Kreise der Bevölkerung Spaniens war eine derartig große, wie man sie dort lange nicht sah. Unser Bild zeigt den Aufmarsch der Massen, um dem verstorbenen Führer und Genossen die letzte Ehre zu erweisen. Ein Wert, das Pablo Iglesias unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen ins Leben rief, hat reiche Früchte getragen. Die mehr als 20000 Parteigenossen, die dem Sarge ihres Führers folgten, waren nur Vertreter von zahllosen weiteren Kämpfern, die trotz Diktatorium und Zensurpolitik restlos für die Verbreitung der gemeinsamen Idee sorgen.

talismus preis, wie dies durch die Zerstörung ihrer Organisationen geschehen ist, so liefert man sie, besonders in der jetzt einsetzenden Periode sinkender Konjunktur, dem Hunger und dem Mangel aus. Gibt man sie frei, so werden sie durch ihre Organisationen wieder zu Machtfaktoren im Lande, der Kapitalismus würde seine beständigen finanziellen Leistungen an die faschistische Partei als weggeworfenes Geld ansehen und einstellen. So blieb nur ein Ausweg: den Arbeiterorganisationen eine künstliche Macht geben, die aus dem Staate quillt, die die Regierung heute verliehen kann und morgen nehmen, deren sie sich eventuell auch gegen die Unternehmer bedienen könnte, die aber keine wirkliche Macht ist mit eigenen Gelehen und eigener Schwungkraft. Dieser Zweck soll durch das Gesetz über das Gewerkschaftsmonopol und über die obligatorischen Schiedsgerichte erreicht werden.

Dieses Gesetz beträgt nicht bestehenden Machtverhältnissen Rechnung, sondern verleiht Macht, die es sich vorbehält, jederzeit zu widerrufen. Wenn eine Vereinigung (von Arbeitern, Angehörigen freier Berufe oder Unternehmern) Führer von „bewährter vaterländischer Gesinnung“ hat (will sagen: faschistische Führer), so kann sie um staatliche Anerkennung einkommen, vorausgesetzt, daß sie 10 Prozent der Angehörigen des Berufs und Bezirks umfaßt, den sie vertreten will. Im Besitz der staatlichen Anerkennung fällt ihr die monopolistische Ausübung aller gewerkschaftlichen Funktionen zu: sie schließt Tarifverträge für alle Arbeiter ab, auch die nicht bei ihr organisierten, sie allein kann die Schiedsgerichte anrufen, sie allein vertritt die Interessen ihrer Kategorie und ihres Bezirks und haftet für die Einhaltung der Tarifverträge. Den außerhalb der staatlich anerkannten Organisation stehenden Arbeitern liegt es nur ob, Beiträge an sie abzuführen, die in der Höhe eines Arbeitstages pro Jahr direkt vom Unternehmer einbehalten und an das faschistische Syndikat abgeführt werden. Da die Anrufung des Schiedsgerichts obligatorisch ist (für Arbeiter wie für Unternehmer), sind Streik und Boykott verboten. Für die „Anführer“ sind schwere Strafen vorgesehen, die bei politischen Streiks bis zu 7 Jahren Zuchthaus gehen. Die ganze innere Verwaltung des anerkannten Syndikats wird vollständig vom Staate kontrolliert; jeder Gewerkschaftsbeamte bedarf der behördlichen Bestätigung. Das Schiedsgericht besteht aus drei Rinsteln aus Berufsrichtern und wird ganz unter der Aufsicht der Regierung stehen, die schon heute durch Mussolini versprochen hat, daß sich die Unternehmer nicht über dasselbe zu beklagen haben werden.

Dies ist die Leitlinie der „Kulturart der Versöhnung von Kapital und Arbeit“.

Was man auf dem Gebiete der faschistischen Gesetzgebung im Jahre 1925 geschaffen hat, soll also die Gegner des Faschismus beseitigen und die Arbeiter in dem Sinne pressen, daß sie zu Schachfiguren im Dienste von Partei- und Regierungsinteressen werden. Wenn sich mit diesen Mitteln eine Minderheit am Ruher behaupten kann, die das sittliche Empfinden der ungeheuren Mehrheit gegen sich hat, dann hätte der Faschismus wirklich, wie er sich rühmt, in dem verlaufenen Jahre die Basis zu einer generationslangen Herrschaft gelegt. Wir schreiben diesen Regularisierungen vom grünen Tisch keine Lebenskraft zu. Will der Faschismus alle Nichtfaschisten zu einem toten Gewicht im politischen Leben machen, so wird er sich an ihnen frant schleppen; will er die Machtverhältnisse im wirtschaftlichen Kampfe auf Grund der eigenen politischen Vorteile regeln, so wird er bald gewahr werden, daß ihm zu diesem kühnen Spiel eine Kleinigkeit fehlt: die Macht.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Pariser Luftfahrtverhandlungen, von denen die weitere Entwidlung der deutschen Luftschiffahrt abhängt, sind bis zum 6. Januar vertagt worden.

Deutsche Weihnachtsreden an das amerikanische Volk. Vermittels der in Deutschland hergestellter besonderer Schallplatten verbreitete die Westing House Gesellschaft durch ihre Kundfunkender Pittsburg, Chicago, Newyork, Springfield (Massachusetts), Hastings (Nebraska) deutsche Weihnachtsbotschaften des Außenministers Dr. Stresemann, des Staatssekretärs Dr. Brodow, des Reichstagspräsidenten Lobe und Dr. Edeners an das amerikanische Volk. Die Botschaften wurden englisch wiederholt.

Die Sozialistische Partei Polens hält vom 31. Dezember bis 3. Januar ihren Parteitag in Warschau ab, auf dem die deutsche Sozialdemokratie durch den Genossen Otto Wels vertreten sein wird.

Der Kampf um die ukrainische Universität in Polen. In der ukrainischen Fraktion des polnischen Seims herrscht große Erregung wegen der Verhandlungen der Regierung mit einer unautorisierten Gruppe ukrainischer Gelehrter über die Organisation eines Hochschulstudiums in ukrainischer Sprache. In der Tat, daß bei diesen Verhandlungen die parlamentarische Vertretung der ukrainischen Bevölkerung „vergessen“ worden ist, erblicken die Abgeordneten den Beweis, daß die polnische Regierung sich der Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen in dieser Frage entziehen wolle. Das ukrainische Hochschulstudium würde jetzt im Anschluß an die polnische Universität in Krakau organisiert werden, während die Ukrainer an der — vom Außenminister Strzymski in der Völkerversammlung 1924 verprochenen — Gründung einer selbstständigen ukrainischen Universität in Lemberg, der Hauptstadt Ostgaliziens, festhalten.

Italienerin in Kowmo. Auf der Durchreise nach Moskau hat sich Italienerin einen Tag in Kowmo aufgehalten. Der Volkskommissar benötigte seine Anwesenheit in der Hauptstadt Litauens, um mit führenden Mitgliedern der litauischen Regierung Rücksprache zu halten. — Bekanntlich konnten in Litauen und Sowjetrußland in letzter Zeit Bestrebungen zum Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen den baltischen Randstaaten und dem Sowjetbunde verzeichnet werden. Das offizielle litauische Blatt „Dziwina“ hat unlängst warm für einen derartigen Sicherheitspakt plädiert. Ein solcher Sicherheitspakt würde aber bei der bekannten litauischen Antipathie gegen Polen eine direkte Spitze gegen Warschau enthalten.

Der Schulbesuch in Sowjetrußland. Nach statistischen Angaben, die das russische Volkskommissariat für Unterrichtswezen veröffentlicht hat, beträgt in Rußland die Zahl der Kinder, die Schulen besuchen, 8 Millionen. Davon entfallen 6 Millionen auf die Volksschulen. Diese Zahlen bedeuten, daß im ganzen nur 59 Prozent aller schulpflichtigen Kinder in Rußland die Schulen besuchen. Die Mittelschulen zählten etwa 1 Million, die technischen Schulen mit Mittelschulcharakter etwa 400 000 Schüler, die Hochschulen etwa 170 000 Hörer.

Rückbildung der Haager Konvention Nr. VI durch England. England hat eine der Haager Kriegskonventionen, nämlich die sechste, gekündigt. Die Konvention verfolgte den Zweck, eine gleichmäßige Behandlung der bei Kriegsausbruch im Hafen liegenden feindlichen Schiffe durch die kriegführenden Staaten sicherzustellen. In den meisten fremden Ländern, erklärt dazu das englische Büro Neuter, wurden feindliche Handelsschiffe, die sich bei Ausbruch des Krieges im Hafen befanden, von der betreffenden Regierung beschlagnahmt. Infolge einer Entscheidung des zuständigen englischen Gerichts, des Privy Council, kann die britische Regierung nicht ebenso verfahren, so daß sie, wenn wieder solche Umstände eintreten, in einer weniger günstigen Lage sein würde als andere Länder.

Ramsay MacDonald hat heute nachmittag von Marseille mit dem Dampfer „Malaja“ eine Reise nach Indien angetreten.

Aus aller Welt.

Dammbruch auf der Straße Breslau-Berlin.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Infolge Dammbruchs heute heftige Stöße der Straße Berlin-Breslau zwischen den Schloßhöfen Bismarck und Kolonnenpark bei Frankfurt a. d. Oder. Die voraussichtlich längere Zeit gesperrt. Die Umleitung der Schnell- und Personenzüge muß über Kustrin erfolgen. Die Eisenbahnzüge Breslau-Berlin und umgekehrt werden durchschnittlich eine Verspätung von einer Stunde erleiden.

Das Ende der Berliner Postkutsche und Postperde.

Am ersten Weihnachtsfesttage haben die gelben Pferdepostwagen mit den Postkutschen auf dem Hof zum letzten Male in Berlin Parade ausgeführt und an ihre Stelle sind nunmehr Postkraftwagen getreten. Zu Ehren der letzten Berliner Postkutsche fand am Hofe des Postministeriums in der Potsdamer Straße eine Abschiedsfeier statt. Die Feier begann mit einem Festzug, an dessen Spitze Postkutsche in der historischen Paradeformation ritten. Die Postperde, die an diesem Tage zum letzten Male ihren Dienst taten, waren mit Blumen und Tannenzweigen geschmückt.

Überfall im Granewald am Heiligen Abend.

Ein unbekannter Mordladerer schlug am Heiligen Abend in der Nähe des Jagdschloßes Granewald einen Handlungsreisenden nieder und raubte ihm die Brieftasche mit 48 Mark sowie eine Aktentasche, in der der Überfallene Zigarren und Zigarettenpacken bei sich trug. Der Räuber entkam im Walde.

Der weiße Tod.

Die Landesstelle Bayern für alpines Rettungswesen des Reichsvereins der Alpenvereine teilt mit: Beim Aufstieg zur Schneeföhre ist am Sonnabend ein Schneeföhre eine aus neun Personen bestehende Partie durch eine Lawine verunglückt worden. Drei Münchner sind tot, die übrigen sind in verletztem Zustand in der Knorr-Hütte unter-

gebracht. Von Parteilichen* ist eine Rettungsexpedition zur Unfallstelle abgegangen. — Zwei weitere Lawinenunfälle ereigneten sich am Sonnabend im Gebiet der Alpen. Während sich die eine Partie aus der Lawine herausarbeiten konnte, wurde von der anderen Gruppe ein 25 Jahre alter Angestellter aus München verschüttet. Die Leiche wurde am Sonntag nachmittag gefunden.

Das Abenteuer eines verrückten Eisenbahnfahrers.

Die „Bayerische Zeitung“ berichtet über folgenden seltsamen Vorgang: Die „Offenbacher Zeitung“ erlitt kürzlich Unfälle in ihrer Verstellung dadurch, daß durchs Fenster ein Eisenbahnwagen in den Maschinenraum kam und in der großen Rotationsmaschine herumspang, ohne sich aus dem Räder- und Wellenwerk herausjagen zu lassen; die Maschine mußte daher stillgesetzt werden. Schließlich klappte es in einen offenkundigen Rißel mit Drahtschwärze, worin es umkam.

Kalenderänderung in der Türkei.

Die große Nationalversammlung von Angora hat ein Gesetz angenommen, das die Einführung des gregorianischen Kalenders und des 24stündigen Tages vorseht.

Wobla nur gegen das.

Angehts der zunehmenden Trunkenheit hat die ukrainische Sowjetregierung den Woblaverkauf auf nur 6 Stunden täglich beschränkt. Wobla darf nur gegen Barzahlung verabsolgt werden. Betrunkene und Minderjährige unter 16 Jahren darf kein Wobla verkauft werden.

Das Fliegen für Jedermann.

Allein Ansehen nach wird in den Vereinigten Staaten die Erzeugung von Flugzeugen, die für den Gebrauch von Privatleuten bestimmt sind, allmählich Sache der Großindustrie. Die in Tron im Staat Ohio domizilierte „Advance Aircraft Company“ beschäftigt sich als Spezialität mit dem Bau von Flugzeugen für drei Personen, und sie hat nun diesen Typ seit Juni schon 30 Maschinen verkauft. Gegenwärtig stellt die Gesellschaft alle fünf Tage zwei Apparate her. Sie hat für 1925

bisher 150 Aufträge verbucht, und man nimmt eine Erzeugung von mindestens 300 Apparaten in Aussicht. Seit Oktober sind acht Reisende der Gesellschaft im Lande auf Tour, um für die kleine Maschine, die mit einem 90 PS-Motor ausgerüstet und deren Verkaufspreis sehr niedrig ist, Käufer zu werden.

Amerika, du hast es besser!

Die Großbanken und Geschäftsbanken Amerikas haben beschlossen, in diesem Jahre ihren Angestellten und Arbeitern reichlichere Weihnachtsprämien als bisher zu gewähren. Die Prämie, die von Newyork ausgingen wurde, lautet: „Dollarschnecken“. Die Newyorker Geschäftsleute allein werden einer Schenkung des „International News Service“ nach rund 75 Millionen Dollar an Gratifikationen ausgehen, das ist ein Drittel mehr als im letzten Jahre. Für das ganze Land wird der Betrag schätzungsweise 250 Millionen Dollar, also über eine Milliarde Goldmark, betragen.

Automobilistenstatistik der Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten ist der Prozentsatz der durch Autounfälle verursachten Todesfälle in diesem Jahre auf 15,7 pro 100 000 Einwohner gestiegen, während die Ziffer im Vorjahre 14,9 betrug. Im ganzen betrug die Zahl der Opfer auf 15 528, womit alle anderen Länder der Welt überholt sind. Nicht enthalten sind in dieser Zahl 1582 Todesfälle, die sich bei Zusammenstößen von Autos und Eisenbahnzügen ereigneten.

Waldbrand in Australien.

Bei Alexandria, 100 Meilen nördlich von Melbourne, ist ein großer Waldbrand ausgebrochen, der bereits 4000 Acres Waldland im Werte von 768 000 Pfund Sterling zerstört hat.

Sturmerwartungen auf Jap.

Im Gegenlicht zu den Erwartungen der Sturmerwartungen auf der Insel Jap hat das amerikanische Marineamt über Kette Meldungen erhalten, die besagen, daß zwar die im Gefolge der letzten Stürme aufgetretenen Sturme am 15. Dezember familiäre Sturme in der Gegend von Jap verheert hat, daß aber kein Verlust von Menschenleben zu beklagen ist.

Warum maršiert:

„Die neue Großmacht“

im Gewerkschaftshause vom 1.-10. Januar 1926?

Weil tausende die Arbeit von 16 Arbeiter-Nationen bewundern wollen.

Küftet alle zum Einmarsch!

Familien-Anzeigen

Statt Karten!
Hedwig Ziegler
Erwin Heinrich

Verlobt.
Breslau, den 24. Dezember 1925. 1262 b
Zu Hause: Sonntag, den 3. Januar 1926.

Am 25. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden, jedoch unerwartet, mein innigstgeliebter Mann, mein treusorgendes liebes Vatel, unser Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Robert Feike

13 Tage nach seinem 50. Geburtstage.
Breslau, Ober-Glauch, Naumburg a. S.,
Alsenstr. 62

Die schwergeprüfte Gattin
Ida Feike, geb. Barth,
nebst Tochter.

Beerdigung: Dienstag, den 29. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle St. Paulus in Cosel aus.

Am 1. Feiertage verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber, treuer Mitarbeiter und Kollege, der städtische Heizer

Robert Feike

im besten Alter von 50 Jahren

Seine Pflichttreue und sein kameradschaftlicher Sinn sichern ihm ein bleibendes Andenken.

Das Personal der städtischen Brauereien.

Du warst so gut. Du starbst zu früh. Doch wir vergessen Deiner nie.
Am 24. Dezember verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser einziger, herzlichster Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der Kaufmann

Richard Engelmann

im Alter von 27 Jahren.

In tiefstem Schmerz
Breslau, den 24. Dezember 1925.
Trebitzer Straße 48.

W. Engelmann und Frau
geb. Galetzki

Alma Engelmann als Schwester
Friedel Baumberger als Braut
Erwin Boujon nebst Anverwandt.

Beerdigung am Dienstag, den 29. Dezember, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des neuen St. Marien-Magdalenen-Friedhofes (Ende Lobestr.) aus statt.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Verstorbenen sage ich hiermit allen Freunden meinen herzlichsten Dank. Besonders danke ich Herrn Pastor Baum für seine trostreichen Worte am Grabe.
Breslau, den 24. Dezember 1925

Josef Pohl nebst Kindern.

Proletariat!

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschwanzes! Lerne die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen verstanden und verwendet wird.

Verbreitung Esperanto
Breslau 3, Neue Graupenstr. 5

Kranken- und Begräbnisliste „Hoffnung“.

Ordentliche Generalversammlung
Montag, 25. Januar 1926, abends 7 Uhr, im Bürgergarten (Glasaal).

Tagesordnung nach § 19 Abs. 1a bis h; 736
unter e sollen die §§ 4 und 7 abgeändert werden. Nur Mitglieder über 21 Jahre haben Zutritt. Hinweis: Das in Ordnung befindliche Mitgliedsbuch. Der Vorstand. Reimann.

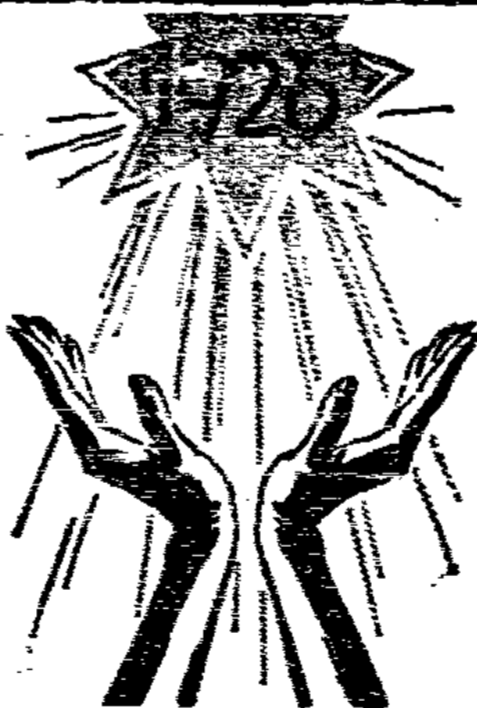


Ab Montag, den 28. Dezember

Graßausgabe

Kalendern

an unsere **Kundschaft.**



50. Jahrgang (Jubiläumsausgabe)

98 Seiten stark. Reich illustriert. Vielseitiger literarischer Inhalt edler volkstümlicher Art. Beste Druckausstattung. — Gratisbeigabe: ein Wandkalender und ein künstlerisches Objekt in sechs Farben nach einem Aquarrel von Franz Beck. — Preis 80 Pfennig.

Zu haben
Buchhandlung Volkswacht
Breslau III, Neue Graupenstr. 3.

David: Referentenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner. Preis nur 50 Pf., zuzüglich 10 Pf. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung (Königs-Verlag)
Breslau III, Neue Graupenstr. 3.

Verloren!

Sonabend, den 2. Feiertag, abends, silbernes Gliederarmband mit Steinen (Andanten) verloren, Nr. 8. Geholungsheim Zimpel oder auf dem Wege von dort durch Zimmel nach Endstation Linie 18 bis Othlauner-Gewerkschaftshaus. Gegen Belohnung abzugeben in der Expedition der Volkswacht, Flurstraße 4/6, oder im Gewerkschaftshause, 2. Etage, Zimmer 43a. 6004

Bekanntmachung.

Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Preußen hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember dieses Jahres beschlossen, daß für den Bereich der preussischen Gefangenenfürsorge für Erwerbslosenfürsorge (Preußen, Hessen, Lippe-Detmold) vom 1. Januar 1926 ab ein Einheitsbeitrag von 3 Prozent des Grundlohnes zu erheben ist. Bei Lohnrückstellungen ist der neue Beitrag von Montag, den 4. Januar 1926, ab zu erheben.

Die Abführung der Beiträge hat an dieselben Stellen zu erfolgen wie bisher.
Breslau, den 22. Dezember 1925. 6001
Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Berufs-Arbeitsnachweises.

Reichweise elegante
Grad-, Rod- u. A. Patalong
Schneiderei
Bischofstr. 3.
Telefon Obste 2778.

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Sie sparen viel Geld
wenn Sie Ihre

Herrn-Bekleidung
auf Zeitzahlung direkt in der Fabrik kaufen.
Winter-Mäntel n. 26⁵⁰ an
Anzüge n. 22⁵⁰ an
Rob. Hänel
Herrenkleidfabrik
Katharinenstr. 9, I. Stock.

Schulentele, 2-10 Pf., Lippert, Seifenschr. 16.

„In der Volkswacht“ haben Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Sofort Geld!
Leihamt Rother
Albrechtstraße 43, 1.

Maxim Gorkis
neuester Roman:

Der Sohn der Nonne

erschien soeben im „Bücherkreis“

Auskunft und Mitgliedsanmeldungen (1 Mark Monatsbeitrag), bei der Zahlstelle „Der Bücherkreis“

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Bei Vergabe von **Drucksachen**

berücksichtigen Industrie und Handel, Kommunal- u. Staatsbehörden, Parteivereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine die Buchdruckerei der

Volkswacht
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

Gebr. Adler

Likörfabrik, Breslau
Feinster **Jamaika-Rum-Verschnitt 3.-**
das ganze Liter lose vom Faß Mark

Verkaufsstellen:
Sadowastraße 38 Königstraße 11 Matthiasstr. 60
Taschenstr. 16/17 Antonienstraße 29 Sternstraße 55
Bohrer Str. 5 Friedr.-Wilh.-Str. 27 Adlerstraße 10
Schleibwerderstraße 37
Brockau: Bahnhofstraße 5.

Gegründet 1886

Ein Präsent

Gegründet 1886

erhält Jeder am 8. Januar 1926, dem Tage meines **40 Jahre. Geschäfts-Jubiläum**

gegen Vorzahlung von Bonas, welche schon jetzt bei jedem Einkauf gratis in meinem Geschäft verabsolgt werden. Aus diesem Anlaß habe ich auch meine Preise bedeutend ermäßigt und biete ich meiner werthen Kundschaft eine **außergewöhnliche Einkaufsgelegenheit** für das bevorstehende Weihnachtsfest.

Als ganz besonders billig empfehle ich:

Silberne und goldene Damen- und Herren-Armband-Uhren Herren- und Damen-Taschen-Uhren

Steter Eingang von Neuheiten in: **Haus-, Zimmer-, Büro- und Küchen-Uhren**
Lehrerpreise: **Wecker, Qualitätswaren, mit Leuchtblatt, schriftl. Garantie!**

Sassende Geschenkartikel
in Gold-, Silber-, Dublee- und Alpaka-Waren.

Spezialität: **Goldene Trauringe**
Fingerring nach Gewicht Gravieren gratis

Das 40 jährige Bestehen meines Geschäfts bürgt für besondere Leistungsfähigkeit!

Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur noch in der **Schmiedebrücke**. Ich unterhalte keine Filialen und hat meine Firma mit Geschäften ähnlich klingenden Namens nichts zu tun.

Albert Möwius Schmiedebrücke 56
Telephon: Gade 0102.

Sozialdemokratische Partei
 Parteisekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
 Telefon: DfH 5632.

Erweiterter Parteivorstand. Mittwoch, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Alles muß erscheinen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. Dezember.
Nach dem Weihnachtsfest.

Die Tage des „Festes“, die von Millionen Menschen heftig ersehnt, von anderen bang erwartet, sind wie die anderen vor ihnen vergangen, und haben sich gereicht, wie die anderen, in die Vergangenheit.

Reise, wie auf weichen Sofas, sind die Tage des Festes für den, der sie erlebte, vorübergegangen. Doch so schnell, daß die Menschen erkaunten, als sie dann wieder am Morgen des Alltags wach wurden.

Nun ist ein Tag wieder wie der andere, wie der nächste. Wieder klingt das Knattern der Maschinen, das Surren der Transmissionsen und der Lärm all der ganzen Arbeit zusammen. Wieder umflutet die Lunge die stintige, staubige Luft der Bürostube und des Fabrikhalls. Einige Tage, dann kommen nochmals Tage der Ruhe und dann werden Monate verübergehen, bis wieder Atempause der Arbeit eintritt: Ruhe.

Was waren für die von der Zeit gehegten Menschen die Tage des Festes?

Für die einen waren die Tage des Festes ein Sich-Strecken, einmal sich selbst Gast sein, einmal ruhen können und schlafen, was ich tue, ist gut. Tut mir gut.

Für andere waren die Tage des Festes Fest des Trubels und des Ruhes. Sie hechten sich in Vergnügen, lebten schreien und lachen. Für sie war alles in Ordnung.

Wieder andere waren in Armut in ihrer Stube und hingen über Gedanken nach. Sie verfluchten die Welt und ihr Dasein. Sie hielten die Tage des Festes, da sie zusehen mußten, wie andere schlafen konnten.

So wurden für jeden Menschen die Feiertage zu einem anderen Erlebnis. Sie zwiespältig wie die Welt, so zwiespältig die Erlebnisse.

Lorenz Popp.

Merzblatt für die Invaliden-, Witwen- und Waisen-Versicherung nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Der Tod begleitet den Menschen wie seinen Schatten! Deshalb muß der Mensch bei Lebzeiten seine Geschäfte so einrichten, daß nach seinem Ableben die Angehörigen nicht noch zu allermeist auch noch Kummer und Sorge zu tragen haben. Man wähle deshalb folgende rechtlichen Wirke.

Was hat zu geschehen, wenn ein Todesfall eintritt?
 Beschaffe zuerst die Todesbescheinigung eines Arztes. Der Sterbefall ist dann beim zuständigen Standesamt (gemäß wochentags von 8-2 Uhr, an Feiertagen in der Woche von 12-1 Uhr, Sonntags geschlossen) zu melden.

Das Standesamt stellt Sterbefunden in mehrfacher Ausfertigung für die Kirche, Krankenkasse, Landesversicherungsanstalt usw. aus. Es wird eine kleine Gebühr erhoben, die jedoch nach § 187 der Reichsversicherungsordnung wegfällt, bei Urkunden, die bei Versicherungsträgern und Versicherungsbehörden erforderlich sind, um die Rechtsverhältnisse zwischen den Versicherungsgebern einerseits und den Arbeitgebern wie Versicherungen oder Hinterbliebenen andererseits zu begründen oder abzuwickeln.

Nimm das Bestattungsamt der Stadt Breslau
 der Elisabethstraße 24 (öffnet von morgens 10 Uhr bis abends 6 Uhr) bei Bestattung der Angehörigen in Anspruch. Die üblichen Wege und Gänge werden den Hinterbliebenen gezeigt, sie haben nur mit dem Leichenführer dort hin zu gehen, es andere wird von dort aus nach Wunsch und Willen der Angehörigen erledigt. Die Erledigung der Wünsche erfolgt prompt und preiswert.

Wer im Besitze einer Versicherungspolice ist, muß sofort die Regulierung der Versicherungssumme anstrengen. Die Ueberlebenden verfahren nicht, noch rechtzeitig, Mitglied der Sozialen Volkshilfe für die Witwen, Waisen und Waisen in unserem Büro und allen Verkaufsstellen des „Vorwärts“, der Reichsversicherungsanstalt, Kreisbau-Gewerkschaftshaus, wie im Arbeitersekretariat.

Witwenrente.

Wer Anspruch auf Witwenrente hat, lasse sich für sich und noch nicht über 18 Jahre alten Kinder mehrere Sterbefunden vom Standesamt ausstellen.

Witwenrente wird gewährt, wenn zur Zeit des Todes der Verstorbenen Ehegatte die Anwartschaft auf Invalidenrente erworben hatte und die Witwe invalide im Sinne des Gesetzes ist. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt begutachtet, ob Invalidität bei der Witwe im Sinne des Gesetzes vorliegt.

Gegen abweisende Bescheide muß die Witwe innerhalb vier Wochen beim Oberversicherungsamt Breslau Berufung einlegen. Der Antrag auf Witwenrente ist unter Vorzeigung der Sterbeprotokolle und der Geburtsurkunde der Witwe beim zuständigen Versicherungsamt, Breslau, Berliner Straße 12, 3. Stock, zu stellen.

Wenn die Witwe selbst Invalidenrente gekriegt hat, und Parteizugehörige ist, so bekommt sie infolge eingetretener Invalidität Invalidenrente, so wird nach dem Gesetz ihr die Witwenrente gezahlt und von der Witwenrente die Hälfte als Hinterbliebenenrente ohne Kinderzuschlag.

Auch Witwenrente wird gewährt, wenn die verstorbenen Ehegatten die überwiegende Erbschaft des hilflos gewordenen Mannes oder der Kinder gewesen ist und die Verstorbenen die Anwartschaft auf Rente zur Zeit des Todes erworben hatte.

Waisenrente

Kindern des Verstorbenen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. Den ehelichen Kindern werden gleichgestellt:
 1. die ehelich erklärten Kinder,
 2. die an Kindesstatt angenommenen Kinder und
 3. die Stiefkinder und die Enkel, die der Verstorbenen unmittelbar vor seinem Tode mindestens 1 Jahr lang ununterbrochen unterhalten hat oder für die er Kinderzulagen erhalten hat, desgleichen die unehelichen Kinder, wenn die Vaterpflicht des Verstorbenen festgestellt ist.

Zu der Zeit des Todes eines Unfalles,
 erhält die Witwe eine Hinterbliebenenrente im Höchsten von 3 Prozent des Arbeitsverdienstes des Verstorbenen. Diese Rente fällt weg, wenn sie invalide wird, auf 40 Prozent.

Das eheliche Kind des Getöteten erhält eine Rente von 3 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes bis zum vollendeten

18. Lebensjahre. Kinder, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, erhalten die Rente, solange dieser Zustand dauert. Hat das Kind bei Vollendung des 18. Lebensjahres die Berufsausbildung noch nicht vollendet, so wird die Rente bis zur Beendigung der Berufsausbildung, längstens bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, gewährt.

Den ehelichen Kindern gleichgestellt sind:
 1. beim Unfall einer weiblichen Person ihre unehelichen Kinder;
 2. beim Unfall eines Mannes seine unehelichen Kinder, wenn die Vaterpflicht des Verstorbenen festgestellt ist;
 3. die für ehelich erklärten Kinder;
 4. die an Kindesstatt angenommenen Kinder;
 5. die Stiefkinder und die Enkel, die der Verstorbenen unmittelbar vor seinem Tode ununterbrochen unterhalten oder für die er Kinderzulagen erhalten hat.

Hinterbliebenenrente wird nicht gewährt, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen wurde und der Tod innerhalb des ersten Jahres der Ehe eingetreten ist.

Wann muß man seine Rentenansprüche geltend machen?
 Wird Witwenrente aus der Invalidenversicherung beantragt, muß der Antrag bei dem Versicherungsamt, Berliner Platz 12, unverzüglich gestellt werden. Später als auf ein Jahr rückwärts, vom ersten Tage des Monats an gerechnet, an welchem der Antrag eingegangen ist, wird Rente nicht gezahlt.

Die Hinterbliebenen-Rentenansprüche aus der Unfallversicherung müssen innerhalb zwei Jahren bei der Berufsgenossenschaft beantragt worden sein, sonst ist Verjährung eingetreten und die Witwe hat keinerlei Ansprüche mehr auf irgendwelche Unterstützung.

Anträge müssen bei der zuständigen Berufsgenossenschaft gestellt werden.

Sind Ansprüche aus dem Angestellten-Versicherungsgesetz geltend zu machen, so müssen die Anträge auf Hinterbliebenenrente bei dem Versicherungsamt, Berliner Platz 12, Angestelltenversicherung, gestellt werden.

Ist ein Versicherter gestorben, ohne daß der Anspruch auf Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente vorhanden ist, so erhält nach dem Tode des Versicherten die Witwe die Hälfte der Beiträge für die Zeit vom 1. Januar 1924 an zurückgezahlt. Ist eine Witwe nicht vorhanden, so erhalten die Kinder die Hälfte der Beiträge auf ihren Antrag erstattet.

Bei der Anmeldung ist die letzte Versicherungsart mit den entsprechenden Urkunden vorzulegen.

Im Zweifelsfall wende man sich an das Arbeitersekretariat in Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 32. Hip.

Ein Sechzigjähriger.

Genosse August Winter vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Von Beruf Porzellanreiner, hat er bereits in seinen jungen Jahren zur Sozialdemokratie, der er immer die Treue gehalten hat. Sein Leben ist Arbeit und Sorge gewesen bis zum heutigen Tage. Dennoch hat ihn nichts niederzudrücken vermocht und er war stets bei denen zu finden, die ihre Kraft jederzeit der Partei geliehen haben. Wir wünschen dem sechzigjährigen Genossen und Kämpfer zu seinem Ehrentage, daß er noch viele Jahre in unleren Reihen stehen möge.

Grüne Weihnachten.

Wir sind gewohnt, an Weihnachten an liebsten in „weißem Gewande“ zu denken, das heißt mit Schneemännern und lustigen Kindern und vom Frost geröteten Nasenrötchen. Aber von „weißen Weihnachten“ konnte diesmal keine Rede sein, denn auch da und dort auf weniger begangenen Plätzen noch etwas älterer Schnee ausgebreitet lag. Der Wintergott war launischer denn je. Am ersten Weihnachtstage Tauwetter, am zweiten etwas Frost, und am Sonntag, lagen wir am „dritten“ Weihnachtstage, sogar Regen witter. Ueber solchen Witterungsmischmaß war sicherlich kein Breslauer erfreut, am allerwenigsten die Jugend, der durch den Regen ja die Eisbahn vollends verdorben wurde. Hoffen wir, daß um Sitweiler wenigstens etwas trodene Kälte vorherrschte, die immer noch besser ist, als „Mantisch“ auf den Straßen oder gar Regenwetter.

Wie in früheren Jahren, so wurden auch dieses Mal Weihnachtsbäume erst kurz vor dem Fest gekauft, weil man glaubte, auf diese Weise am vorzulebhaftesten wegkommen. So stand am Donnerstag nachmittag auf dem Ring ein Händler mit einer halben Duzend Weihnachtsbäume und das Kind sollte 2 Mark kosten. Dieser Preis erschien vielen zu teuer. Als aber der Händler nicht gewillt war, die Bäume billiger abzugeben, ging ein Murren durch die Umstehenden. Ein Mann machte kurzen Prozeß und „requirierte“ sich einen Baum, natürlich ohne Bezahlung. Das Beispiel dieses einen hätte beinahe ansteckend gewirkt, wenn nicht Schupobeamte hingekommen wären, die den Wagen schüßend umstellten. Was aus diesen Bäumen geworden ist, entzieht sich unserer Kenntnis, aber vielleicht wäre es für den Händler doch besser gewesen, die Bäume kurz vor dem Weihnachtsabend noch billig an die Kernerer abzugeben. — So mancher Arbeitslose hat sich seinen Christbaum diesmal selbst „zurechtgemacht“, indem er einzelne Tannenzweige künstlich in ein Stämmchen steckte, das vielleicht noch vom vorigen Jahre her stammte. Rot macht er sich selber.

Bei einem Gange durch die Straßen am ersten und zweiten Weihnachtabend sah man aus vielen, vielen Fenstern den angezündeten Christbaum erstrahlen. Der Weihnachtsbaum ist ja ein Symbol des Lichtes und die „lichte Zeit“ ist ja auf dem Marsche. Denn wir wissen: die Tage werden jetzt wieder länger. Gewiß werden wir den Winter auch noch unangenehm zu kosten bekommen, es wird frieren und schneien und stören, und die Kälte wird in manchen Schutts und Strumpf eindringen und der Sturm wird durch manche dünne Jade pfeifen, — aber das eine wissen wir doch mit Bestimmtheit: Die Sonne wird jetzt von Tag zu Tag wieder länger scheinen und es muß wärmer werden. Es muß Frühling werden! — Wir wollen hoffen, daß uns der Frühling des kommenden Jahres auch wieder wirtschaftlich etwas vorwärts bringt und daß besonders die ichige große Arbeitslosigkeit eine Verminderung erfährt.

Ueber Stundung der Grund- und Hauszinssteuer

bei Grundstücken, die der Jugendpflege dienen, bestehen mancherorts Zweifel. Zu ihrer Behebung erinnert der Reichsminister des Innern in einem Erlaß vom 24. November dieses Jahres an seine früheren Erlasse aus dem Jahre 1924, wonach die Stundung der Steuer bei Grundstücken, die ausschließlich der Pflege von Leibesübungen dienen, auch auf die von Jugendbünden benutzten Turn-, Spiel- und Sportplätze ausgedehnt wird, sofern die Jugendbünde neben der geistigen und sittlichen auch die körperliche Förderung der Jugend durch planmäßige Pflege der Leibesübungen erstreben. Der Minister fügt hinzu, daß zu den Jugendbünden auch die Vereinigungen für Jugendpflege und Jugendbewegung zu rechnen sind, so daß ein Unterschied in der Besteuerung dieser gegenüber den Vereinigungen für Leibesübungen nicht besteht. Für die anderen Zwecken dienenden Grundstücke der Vereine für Jugendpflege kann die Steuer nach Maßgabe des Bundesgesetzes vom 2. August 1924 gestundet oder nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. Februar 1925 niedergezahlt werden, wenn der Verein wegen ungenügender wirtschaftlicher Verhältnisse zur Zahlung der Steuerbeiträge nicht in der Lage ist oder wenn die zwangsweise Einziehung der Steuer das wirtschaftliche Bestehen des Vereins gefährden würde. Entsprechende Stundungsanträge sind an den Vorsitzenden des Grundsteueramtes zu richten.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch und Sonnabend, nachmittags von 3 bis 4 Uhr statt. — Eingang Brändelplatz 3.
 Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abnommensquittung, erteilt. Geschäftsfälle werden nicht angefertigt.

Der Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember d. J. beschlossen, daß für den Bereich der preussischen Gefahrengemeinschaft für Erwerbslosenfürsorge (Preußen, Hessen, Lippe-Deimold) vom 1. Januar 1926 ab ein Einheitsbeitrag von drei Prozent des Grundlohnes zu erheben ist. Bei Lohnempfängern ist der neue Beitrag von Montag, den 4. Januar 1926 ab zu erheben. Die Abführung der Beiträge hat an denselben Stellen zu erfolgen wie bisher.

Erwerbslosenfürsorge.

Der Gesamtbeitragsatz, den die Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Erwerbslosenfürsorge aufzubringen haben, ist durch Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Preußen vom 17. Dezember d. J. für den Bereich der preussischen Gefahrengemeinschaft für Erwerbslosenfürsorge (Preußen, Hessen, Lippe-Deimold) vom 1. Januar 1926 ab auf 3 Prozent des Grundlohnes festgesetzt worden. Für Lohnempfänger gilt der erhöhte Beitragsatz von Montag, den 4. Januar 1926 ab.

Warnung vor Herrn Sogenannt.

In der „Schlesischen Volksstimme“ lesen wir folgende Warnung:
 „Herr Curt Friedrichsdorff, Breslau, Tiergartenstraße 83, ist nicht berechtigt, sich irgend als Beauftragter eines der dem T. B. angeschlossenen Verbände oder gar des T. B., Landsmannschaft Schlesien, auszugeben. Herr Friedrichsdorff ist aus dem Tannenbergs-Bunde ausgeschlossen.“
 Das Hakenkreuzblatt liefert zu dieser Warnung noch folgenden heissen Senf:
 Wir bemerken zu dieser Mitteilung, daß wir immer bei allen derartigen Angelegenheiten unbedingt dafür eingetreten sind, daß Schmarotzer und Schädlinge jeglicher Art erbarmungslos angeprangert werden. Der einzig richtige Weg ist der durch die volkische Presse führende, der beschritten werden muß, ehe diese Fälle zu Weiterungen in der gegnerischen Presse Anlaß geben.
 Unsere Leser erinnern sich wohl, daß wir den sogenannten Herrn Curt Friedrichsdorff schon vor sehr langer Zeit als den Menschen geschildert haben, der er ist. Dafür aber wurden wir seinerzeit von der „Schlesischen Volksstimme“ ganz gehörig angepöbel. Und jetzt ist Herr Friedrichsdorff sogenannt sogar aus dieser Gesellschaft hinausgeschoben. Wir aber sagen heute, die Hakenkreuzler und Stahlhelmer sind alleamt nicht besser als sogenannt Herr Friedrichsdorff. Sie sind alleamt Schmarotzer und Schädlinge. Wenn die „Volksstimme“ auch nun wieder schimpfen wird, so wird sich doch die Wahrheit immer mehr erweisen.

Zirkus Strahburger.

Mit einem sehr schönen Programm wartet der Zirkus Strahburger auf, der gegenwärtig im Zirkus-Busch-Gebäude gastiert. Zu dem prächtigen Werbematerial, das vorgeführt wird, gesellt sich allerhand exotisches Gezier, das willig seine Kräfte zeigt. Zunächst ein weißer Elefant, der zu den ganz großen Rüsslern seiner Art gezählt werden muß, dann Dromedare und Zebras, auch ein Guanaco erfreut als eleganter Hüdenspringer das Auge. Ein Duzend Eisbären geht mehr oder weniger mühsam an die Arbeit; um so vernünftiger aber tut das eine Herde von braunen Bären. Da tanzt einer, ein anderer führt Kollisch auf Fahrrad, auch an einem Roller, wie er von den Kindern benutzt wird, versucht sich der eine. Da werden übermütig Purzelbäume geschossen; jedenfalls sind die Bären recht kurzweilige Gesellen. Hierzu eine Anzahl hervorragender Varieténummern, so der Zauberfünftler Gy Corros, oder die 2 Cupards als Kollischfünftler. Die Fritz Klein-Gruppe führt eine große Luftszene auf. Atemberuhmend sind auch die Künste Willos, der hoch oben flatter auf eine Schaukel stellt und sich auf diesen, auf einem Stuhle sitzend, in der Balance hält. Eine ganz besondere Nummer sind auch E. und P. Lee. Der Mann trägt hoch aufgehängt ein Harmonium samt der Spule in den Zähnen; es wird berichtet, daß dies 300 Kilogramm seien. Die Parade-Truppe sind ägyptische Krobaten und Springer, sehr gewandt, wenn auch nicht gerade eine Seltenheit. Ein ganzes Rudel von Clowns belebt weiter die Arena; im ganzen ein angenehmer Abend.

Weihnachten bei den Alten, Kranken und Siechen.

Am Mittwoch, nachmittags, fanden im Claassen'schen Siechenhaus in den Andachtsräumen des alten und neuen Hauses die Weihnachtsfeier statt. Zu diesen Veranstaltungen waren erschienen Oberbürgermeister Dr. Wagner und Frau, der Deputent der Anstalt, Stadtrat Dr. Landsberg, die Vorsteher, die Ärzteschaft, die Schwestern, das Pflege- und Wirtschaftspersonal, sowie eine große Anzahl Gäste und Angehörige der Insassen. Die Anstaltsgeistlichen, Kuratius Kuhnert und Harrer Blümel hielten religiöse Ansprachen. Oberbürgermeister Dr. Wagner nahm dann auch in gedohnter hehriger Weise das Wort; dies galt diesmal, wie er besonders noch unterstrich, den völlig Einsamen, die weder Angehörige, noch sonst jemanden besäßen. Kein Dack, noch Erwerb nennen diese heute in der großen wirtschaftlichen Not ihr eigen. Namentlich ist das Glend der Stadt, die aber immer gern bereit ist, soweit es noch heute ihre Mittel erlauben, zu helfen. Sein Herzensbedürfnis ist es aber, allen zu helfen, ob hier, oder auch anderswo. Mit einem Dank an die vorbildliche, rührige Leitung und eifrigen Geber schloß Redner seine Ausführungen. Weihnachtslieder und Vorträge umrahmten die Feier.

Arbeiter-Jugend.

Wichtig, Chermislieder! Wir treffen uns am 1. fe. Mittwoch, den 30. Dezember, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, bei Brüder, Wöpelwitzerstraße 96, zur Weihnachtsfeier des Bezirks Nikolaitor.

Künstlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Arctoren bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
 Nur kurze Zeit konnte sich die nach den Weihnachtstürmen eingeschlossene polare Luft über Mitteleuropa halten. Schon am zweiten Feiertage hielt nach harter kalter Nacht — im Flachlande sanken die Temperaturen bis unter minus 5 Grad, im Gebirge bis unter minus 10 Grad — Aufzugsbewegung des kalten milden ozeanischer Luft an, die in ganz Deutschland am Sonntag zu verbreiteten Regenschauern Anlaß gab. Das Lawetter greift sogar bis auf unsere Mittelgebirge über. In Schlesien liegen die Temperaturen um 5 Grad. Aus Frankreich werden mehr 10 Grad gemeldet. Nur vorübergehend bringt im Norden der britischen Inseln kalte Luft südwärts in Schauen ein. Die Schiffsmeldungen vom Ozean lassen erkennen, daß das milde, meist kalte Wetter bis zum Ende des Jahres anhalten dürfte. Aussehen: Weist trübe und bewölkt, vorübergehend etwas härter aufsteigend und etwas kälter.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung! Parteigenossen!

Diejenigen Genossen, die infolge Krankheit oder Erwerbslosigkeit im Jahre 1924/25 genügend Einkommen hatten und höhere Steuerbeträge gezahlt haben, werden aufgefordert, umgehend, spätestens bis zum 31. Dezember d. J. einen Antrag auf Rückerstattung an das Finanzamt Breslau-Land, Berliner Straße, einzureichen. Über den Lohnbescheinigungen ist auch der schriftliche Nachweis über Krankheit und Zeit der Arbeitslosigkeit zu führen. Die Gemeinde- bzw. Ortsvorsteher haben die letztere Bescheinigung kostenlos auszufüllen. Wer zurzeit in Arbeit steht, bekommt sie von dem Arbeitsamt Breslau-Land; die Krankheitsbescheinigung stellt die Krankenkasse aus. Sind dieselben nicht bis zum 31. Dezember vorzubringen, so ist trotzdem der Antrag bis dahin einzureichen, um die Frist zu wahren und später nachzuliefern.

Nachstehendes Beispiel soll zur Aufklärung dienen, wer einen solchen Antrag stellen kann:

Ein Verheirateter mit 2 Kindern hat 1924 oder 1925 1200 Mark verdient und sind ihm 60 Mark Steuern abgezogen worden. Er hat 610 Mark Steuerfrei, sind steuerbar 590 Mark. Davon hat er 7 Prozent Steuern zu zahlen = 41,30 Mark, so daß er 18,70 Mark zurück erhält. Folgende Sätze sind festgesetzt:

| | |
|---------------------------|------|
| Unverheiratet | 10 % |
| verheiratet | 9 % |
| verheiratet mit 1 Kind | 8 % |
| verheiratet mit 2 Kindern | 7 % |

und so weiter.

Weihnachtsfeier der Heilstätte Herrnsdorf.

Weihnachten, das Fest des Friedens, der Hoffnung und Liebe, ist seit Jahren für das deutsche arbeitende arme Volk ein Fest der Enttäuschung. Dieses Jahr ist es infolge der furchtbaren Wirtschaftskrise für viele Kreise besonders trübselig. In den Opfern der Not gehören in erster Linie die Kranken, Alten und Siedler. Wohl denen, welchen es noch vergönnt ist, in den Anstalten ein Heim zu finden, um vor dem bittersten Gefolge der Armut geschützt zu sein. War es da nicht ein edles Bestreben, den vielen hundert Kranken der Anstalt Herrnsdorf für einige Stunden mit froher Weihnachtsstimmung ihre trüben Gedanken zu verdrängen helfen? Diese Aufgabe hatten in lebenswunderlicher Weise das Orchester der Schutzpolizei und das Doppelquartett des M. G. B. der Straßenbahn Breslau übernommen und in wahrhaft schöner Weise zur Ausführung gebracht. Ist es da ein Wunder, wenn der große Saal der Krankenanstalt bis aufs letzte Plätzchen besetzt war und ein Raunen und Plätschern, besonders von den zahlreicheren Kindern den Raum erfüllte, als die „Ornien“, diesmal in ihrer klaren Gewandung, neben dem strahlenden Weihnachtsbaum die Instrumente stimmten. Festerliche Stimmung umfing die Anwesenden, als die Orgel mit einem Vorspiel einleitete und das Orchester die Weihnachts-Ouverture vortrug. Herr Direktor Oswita begrüßte in einer Ansprache die Erkrankten. Die darauf folgende Festrede hielt der katholische Geistliche, Kuraturschreiber, in dem er ihren Ausblick in dem vom Doppelquartett gesungenen weihnachtlichen Gesang „Heilig ist der Herr“. Das Doppelquartett legte sich auch mit den anderen Gesängen große Ehre ein. Zum Weihnachtsabend gehörte auch festlich und herzlich, dafür sorgten Sänger und Orchester im reichsten Maße. Besonders das Longemalbe „Städtische Weihnachten“ fand mit feinem multifachen Ueberraschungen feierliche Begeisterung.

Der Kapelle der Sipo für die prachtvollen instrumentalen Darbietungen sowie dem Doppelquartett der Straßenbahner ein von Herzlich kommender Dank!

Achtung, Erwerbslose!

Mittwoch, den 30. Dezember, vormittags 11 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses:

Verammlung der Erwerbslosen des Landkreises!

Tagessordnung:

1. Wie helfen wir den Erwerbslosen? Redner: Stadtrat Tilsch-Breslau.
 2. Freie Aussprache.
- Zurzeit haben nur Erwerbslose des Landkreises und ist die Stenografie am Eingang des Saales vorzugeben. Das Reichsdanner sorgt für Kontrolle und übt den Saal aus. Die Kameraden melden sich spätestens Mittwoch, früh 9 Uhr, bei ihrem Kreisleiter.

Carlswitz. Im ersten Feiertag veranstaltete der Männer-Gesang-Verein „Frei Carlswitz“ einen sehr gut gelungenen Festabend. Der Eintritt war vollständig gehalten. Die Vorführung in gelungener wie künstlerischer Hinsicht war nur gut zu nennen. Hoffen wir, daß uns solche Darbietungen öfters geboten werden. Der Verein kann aber in Zukunft nur dann was Gutes leisten, wenn er von der arbeitenden Bevölkerung unterstützt wird.

Aus der Partei. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Sonntag, den 3. Januar 1925, vormittags 9 Uhr, bei Gastwirt Krause in Carlswitz, unsere Generalversammlung stattfindet. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht, 2. Neuwahl der Ortsgruppenleitung, 3. Verschiedenes. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Schottwitz. Gemeindevorsteherwahl. Bei der am Sonntag, den 27. Dezember, stattgefundenen Neuwahl des Gemeindevorstandes wurde auf Vorschlag, einstimmig Gärtnereibesitzer Wolff gewählt. Hoffen wir, daß durch den neuen Vorsteher auch in unserem Ort wieder geregelte Zustände eintreten. Der Arbeiterschaft von Schottwitz konnten die Zustände erspart geblieben sein, wenn sie bei den letzten Gemeindevorsteherwahlen eine eigene Liste aufgestellt hätte. Hoffentlich hat jeder daraus eine Lehre gezogen.

Neulitz. Selbstmord. Infolge eines in einem Anfall von geistiger Unmündigkeit warf sich auf der Straße Neulitz-Deuschlitz eine Frau in selbstmörderischer Absicht vor den Zug. Die Frau wurde sofort getötet.

Groß-Möbbern. Merkenswert. Zur Weihnachts-einkaufsfeier des Ortsratessitzes des Bäckermeisters Karl Koblitz, Groß-Möbbern, 100 Weihnachtsstrickel, Genosse H. Klose, Groß-Möbbern, einen feineren Weihnachtsapfel und das Gut-Haus Harko, Inhaber Joh. Lejmer, Friedrich-Wilhelm-Straße 22, eine Anzahl Mützen. Den Spendern hiermit unseren besten Dank.

Neumarkt. In der letzten Stadiverordneten-Sitzung waren anwesend: 4 Magistratsmitglieder und 14 Stadtvorordnete. Der Vorsitzende teilte mit, daß sich um die Bürgermeisterstelle 207 Bewerber bemühen. Die städtischen

Rassen sind geprüft und für richtig befunden worden. Kleinbahn N.-G. ist in das Handelsregister eingetragen. Eingemeindungsfrage des Gutsbezirkes Proßdorf hat ein negatives Ergebnis gezeitigt. — Militäranwärter Kühn ist Polizeibetriebsassistent eingestellt. — Klein- und Sozialversicherung: Referent Stadto. Przhilka. Von diesen Sozialisten hat in Zukunft die Stadt 30 Prozent zu tragen; es sind 3490 nachzubewilligen. Dem Antrage wird zugestimmt. — Staatsüberführung beim Brückenbau (Referent Genosse Kamroth) wird mit 462,10 Mark bewilligt (Referent die Übernahme des Patronatsbrittels der evangelischen Kirche in Höhe von 850,80 Mark. — Der Magistratsbescheid der Wasserrechtsfrage der Malzfabrik (Referent Genosse Dillig) wird zugestimmt. — Der Staatsüberführung bei Neubauten im städtischen Wasserwerk, welche eingebauter wurde, erteilt die Besammlung nachträglich ihre Zustimmung mit rund 9000 Mark. — Bei der Vorlage, nachung der Schrebergärten, stellt Genosse Kamroth den Antrag, die Pacht nicht mit 1 Pf. pro Quadratmeter zu belassen. Die Pacht wird zur weiteren Klärung vertagt. — Für eine Maß im elektrischen Werk soll ein neuer Kolben bestellt werden. Antrag wird zugestimmt. — Bei Bewilligung der Kosten für Bau einer Entwässerungsanlage im städtischen Wasserwerk in Höhe von 17 000 Mark referiert Genosse Dillig u. a., daß die größeren Abflüsse des Grundwasserpiegels das Wasser welches jetzt einen hundertfachen Gehalt an Eisen enthält, nicht mehr genügend geklärt werden kann. Der Referent teilt mit, daß die Klagen der Bürgererschaft über trübes Wasser berechtigt sind und Abhilfe geschaffen werden muß. Die Kosten werden bewilligt. Zu dem vorliegenden Angebot soll noch Konkurrenz-Angebot eingeholt werden. — Für den Vertreter Konrektor Menzel (Referent Genosse Braunert) werden pro Monat 100 Mark bewilligt. — Der Schuldner an evangelischen Schule erhält für die Wintermonate für 20 Arbeit 20 Mark Zulage. — Die Schlafgelegenheit in dem mittelste Durchgehende soll verbessert werden. 143 Mark werden bewilligt. — Der Kreis hat aus dem Kreislotopfer zur Verteilung an Bedürftige 700 Mark zuweisen. Die verlangten 40 Prozent schiebt die Stadt zu, so 280 Mark sofort verteilt werden. — Die Fußböden an Schriedebasse sollen geflickt werden; es sollen junge Linden für gepflanzt werden. — Anschließend: Geheime Sitzung.

Wasserstand

| | | | |
|------------------------|------|--------------------------|-------|
| Ratibor | 1,28 | Dyhernfurth | 1,22 |
| Neisse (Stadt) 27. 12. | 0,57 | Abflussmenge Schmidtlich | 1,22 |
| Neisse (Stadt) 27. 12. | 1,19 | Neisse | 1,22 |
| Kamlen (Unter-Regel) | 2,69 | Fürstberg (27. 12.) | 1,22 |
| Brieg (Wassentank) | 2,36 | Wassermenge | + 0,3 |

Bereinstalender.

Marxistische Arbeitsgemeinschaft. Unsere Veranstaltung für dieses Mal ausnahmsweise am Mittwoch, den 30. Dezember. Thema: Diskussion über das Referat von Kremler „Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege“.

Werbt ständig für unsere Zeitung

Stadt-Theater
Montag und Dienstag 8 Uhr:
Jugendvorstellung
zu ermäßigten Preisen
Der tolle Wond
hierauf
Die Puppenfee
7. Uhr
Indigo
Dienstag 8 Uhr:
Tosca
Mittwoch 7 Uhr:
Tannhäuser

Bereinigte Theater
Lobentheater
Bismarckstr. 1, Tel. 6774
Montag, 29. Dez. 8 Uhr:
Dienstag, 30. Dez. 8 Uhr:
Sana Sonnentheater
6 Uhr. 10 Uhr

Balltheater
Schwerstr. 2, Tel. 5111
Montag, 29. Dez. 8 Uhr:
Dienstag, 30. Dez. 8 Uhr:
Bestspiel: Du bist Sauer
Champagner

Schauspielhaus
Operntheater
Tel. Stephan 37400.
Montag, Dienstag,
Mittwoch 8 Uhr:
Gastspiel: Elin Lex
Andreas Walter Larkain
in neuer Ausstattung
Der Orlow.
Donnerstag (Stückchen)
und Freitag 8 Uhr:
In neuer Bearbeitung:
Die Dollarprinzessin
Freitag nachmittag 3. 1/2 Uhr:
Gastspiel: Elin Lex
Andreas Walter Larkain
in neuer Ausstattung
Der Orlow.
Sonntag nachmittag 3. 1/2 Uhr:
Gastspiel: Elin Lex
Andreas Walter Larkain
in neuer Ausstattung
Der Orlow.

Gewerkschaftshaus.
Dienstag, den 29. Dezember:
Samstags-Abend
Künstler-Konzert
veranstaltet von der Hauskapelle.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Verwaltung.

Zirkus - Busch - Gebäude
Telefon: Ring 3824

Zirkus
Straßburger
Täglich 7.30 Uhr
Das große
Weihnachts-Programm
mit Klein-Familie,
Rakel-Rappe, Gy Corros
und den weiteren Sensationen

Billets: Barack und Zirkusstraßen
ab 10 Uhr umsteigbar.

Der gute
Stemler
ZWIEBÄCK
137jähriger Erfolg!

Vorname:
Claus & Mündel, Breslau
Jankowskistr. 41/43, Tel. 1244

„Lachen links!“
Das Witzblatt der Republik
Heft 20 Preisange.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht
und die Zeitungsträgerinnen.

Viele Punkte

Grosste Auswahl
Beste Verarbeitung
Niedrige Preise
Moderne Formen
Gute Stoffe

Krimmer-Jackets 19.50
grau, ganz gefüttert

Plüsch-Jackets 22
braun, grau, ganz gefüttert

Seal-Plüsch-Paletots ganz gefüttert **68, 55**

Krimmer-Wollplüsch-Paletots schwarz-braun ganz gefüttert **55**

Astrachan-Paletots, Mohairplüsch ganz gefüttert **35**

Affenhaut-Paletots mit und ohne Pelz **48, 39, 29, 19**

Flausch-Paletots mit und ohne Besatz **19, 12, 9, 6**

Damen-Kleider, reine Wolle **19, 15, 9**

Samt- u. Seidenkleider in mod. Farb. und Formen **39, 29, 21, 17**

bis **5. Januar 10-20% Rabatt**

Strickwesten in vielen Farben **5.95**
7.95

Kleider-Röcke schw., blau, farb. **2.95**
5.85

Dieser **Glücken-Palast** Affenhant mit echtem Pelz besetzt **48**

Heinrich's Konfektions-Haus
Reufche Str. 11/12

Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften und die Freizeitfrage.

Der Arbeiter ist nicht nur Arbeiter. Er ist vor allen Dingen Mensch.

In den Arbeitsplätzen der kapitalistischen Wirtschaft ist kein Raum für das Menschliche. Dort wird der Mensch nur nach seiner Arbeitskraft, nach seiner Leistungsfähigkeit, geschätzt. Vor allen Dingen nach seiner Mengenseistung. In zweiter Linie erst nach der Güte seiner Arbeitsleistung (Qualität).

Das Ideal des heutigen Unternehmers ist jedoch diejenige Arbeitskraft, welche bei größtmöglicher Güte auch die größtmögliche Menge leistet (fabriziert). Gleich den Wirkungszahlen der Maschinen, den Umlaufzeiten der Motoren, den Pferdestärken der Antriebskräfte wird auch die Leistung der „Belegschaft“ im „Betriebe“ zur rein rechenhaften Größe. Der kapitalistische Unternehmer arbeitet nicht mit Menschen, sondern mit „Arbeitskräften“. Der Mensch ist für ihn nur noch Arbeiter, ein unbedingt wirksames Glied eines mechanischen, vielteiligen Arbeitsprozesses.

Erst in seiner Freizeit darf heute der Arbeiter Mensch sein. Um mehr Freizeit kämpfen die Gewerkschaften und die Parteien der organisierten Arbeiterklasse — der Arbeiter. Unter Arbeiter werden an dieser Stelle immer Arbeiterinnen, Jugendliche und Befreiung mit inbegriffen. Denn ob weiblich oder männlich hat hier im Kampfe um die Freizeit nichts zu bedeuten, nicht der sogenannte „Pruß“ (Stillsarbeiter, Jaharbeiter, gestellte, Beamte). Und es kommt wenig, ob die „Kraft“ auf tägliche, wöchentliche, monatliche, vierteljährliche oder jährliche Umänderung eingestellt ist.

Das Recht auf Freizeit ist ein allgemeines Menschenrecht.

Die Frage der Freizeit ist in der Nachkriegszeit aufs engste mit der Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft verknüpft worden. Der kapitalistischen Volkswirtschaft wurde durch Behörden und Beamte in den verschiedensten Beweismitteln begrifflich zu machen versucht, daß das wichtigste Gut eines Volkes, die Arbeitskraft, nicht aufrechterhalten werden könne. Aerzte und Soz. Hygieniker weisen nach, daß die Krankheitsziffer durch Überarbeit gefährdend ansteige und daß die unterernährten Arbeiter mindestens ihre wöchentliche Freizeit haben müssen. Zur Wiederaufrechterhaltung der Arbeitskraft müsse ausreichende Freizeit gewährt werden. Eine neue Wissenschaft wies nach, daß die Arbeitsleistungen der Arbeiter in den täglichen Arbeitsstunden verhältnismäßig geringe Größe haben, daß die neunte und zehnte Stunde im Vergleich nicht mehr so ergiebig ist wie die ersten acht Durchsichtsarbeitsstunden. In ihrem eigenen Interesse haben diese deutschen Industriellen begriffen und sind aus diesen Gründen Mitglieder des Achtstundentages geworden. Aber nur aus diesen Gründen.

Der freie Gewerkschaftler kann diese Beweismittel wohl anerkennen und wird sie auch im täglichen Kampfe jederzeit anerkennen. Aber seine Argumente sind das nicht. Für ihn ist der Achtstundentag, freier Sonntag und Sonnabendnachmittag und nicht nur unbedingt notwendige Möglichkeit zur Substanznahme, wie Vesperzeit, Mittagszeit und Nachtruhe. Für den Gewerkschaftler kann nicht die Frage allein maßgebend sein, mit welchen Mitteln wird die Wiederaufrechterhaltung der Arbeitskraft erreicht? Seine Aufgabe besteht nicht nur darin, die Zeit zu schaffen, in der sich der Arbeiter wieder die Kräfte erholen kann, die er am anderen Tage erneut in der Freizeit des kapitalistischen Unternehmers braucht, um seinem der dasjenige Arbeitspensum abzupressen, das er gegen Lohn zu leisten muß.

Die freien Gewerkschaften haben eine höhere Aufgabe, denn zum Leben als Mensch, besonders als Kämpfer, braucht man Kraft. Die Aufgabe besteht darin, daß die Arbeiter durch ausreichende Freizeit (in verschiedensten Formen) die Möglichkeit zum Bewußtsein ihrer wahren menschlichen Lage im Produktionsprozess und ihres Ausschaltens von der Wirtschaftsführung bekommen. Dies kann nicht allein geschehen durch aufklärende Schriften und Vorträge, die dem müden Arbeiter nach Beendigung seines Tages geboten werden. Damit ist gewiß etwas getan. Aber es genügt nicht. Der Arbeiter muß auch einmal herauskommen aus dem engstirnigen Kreis, der arbeiten, essen, schlafen heißt, und über den Bereich der Arbeitsmenschen Zeit.

Es ist eigentlich eine alte Erfahrung, daß durch stundenlange Vorträge oft nicht erklärbar wird, was gewissermaßen mit dem Schläge durch persönliche Anschauung vermittelt wird. Man ist auch gewöhnlich der weitestgehende Intellektuelle im Leben überhaupt allen übrigen Menschen voraus. Nicht nur dem Arbeiter allein — auch dem Stubengelehrten. Bildung ist nicht Wissen allein, sondern vor allem Anwendung und Erfahrung.

Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, findet man die Frage der ausreichenden Urlaubs, ja schon der freie Sonnabendnachmittag in Verbindung mit dem freien Sonntag, eine besondere Bedeutung. Sie sollen dem Arbeiter die Möglichkeit geben, aus dem eingetragenen Lebens- und Vertraum, Arbeit — Nahrung — Wohnung, herauszukommen zu unangenehmerem Denken, zur Teilnahme an einer größeren Welt.

Man hat der Arbeiterklasse immer den Vorwurf des nur reinen und materialistischen Denkens gemacht. Die Aufklärung der Arbeiter über Wirtschaft, Staat und Gesellschaft wurde von der Arbeiterklasse immer als willkürlich, konstruiert und als unpraktisch bezeichnet. Daß dies Denken aber in der Materialismus und Mechanisierung in der Konstruiertheit und Rechenhaftigkeit der Maschinen, Werkzeuge, Kontore und Verkaufsstellen geworden ist, will niemand wahrhaben. Ein Wunder es, wenn sich in dieser Atmosphäre die im Arbeitsmenschen natürlich vorhandene natürliche und organisierte Begriffswelt nicht umgewandelt hätte nach den vorgeschriebenen Bedingungen. Welche menschliche Regungen sind in den kapitalistischen Produktionsbedingungen erstirbt worden, weil sie für die „Produktion“ unrentabel waren. Jahre- und jahrzehntelange entfeuerte menschliche Arbeit mußte in der Arbeiterklasse stürke geistige Regungen und Ausgleiche schaffen. Daraus mußte auch das

Streben der Arbeiterklasse, die kapitalistische Wirtschaftsordnung und Produktionsweise umzuformen, erwachsen. Denn die Einfügung in die heutige Wirtschaft (mit mehr oder weniger Widerwillen beim Einzelarbeiter) ist nicht nur dadurch immer wieder gefährdet, daß der tarifliche Lohn erstritten werden muß. Sie scheitert am Menschen, der sich doch nur bis zu einem gewissen Grade durch die Eigenart der kapitalistischen Produktionsweise zwingen lassen kann.

Darum muß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit vor allen Dingen den selbstbewußten Menschen im Arbeiter als Wirtschaftsperson zum Ziele haben.

Das Persönlichkeitsbewußtsein wird vor allem gefördert durch Bewußtsein der eigenen qualitativ wertvollen Arbeitsleistung. Dann durch die Sicherung und den Rückhalt an der gewerkschaftlichen Organisation. Besonders aber durch die sichere und gründliche Bildung — im Sinne von Wissen, Anschauung und Erfahrung. Nicht minder ist das Persönlichkeits- und Bedeutsamkeitsgefühl zu veranlassen, das durch soziale und gemeinschaftliche Betätigung erwächst. (Arbeiten mit gleichgestimmten, gleichgerichteten Genossen bildet außerdem erst den Sinn für wahre Demokratie.) Gesundheit, Körpergefühl, sportliche Leistungen, Verbundenheit mit der Natur — der Glaubens (sozialistische Weltanschauung) sind weitere Momente zur Persönlichkeitsbildung.

Der selbstbewußte Arbeiter ist es, der in der kapitalistischen Produktionsweise aus der Rolle des Untertanen zur Mitbestimmung drängt, der nach seiner Bedeutsamkeit im Wirtschaftsprozess nach Recht verlangt. Die selbstbewußte Arbeiterpersönlichkeit ist es, die wir zur demokratischen Wirtschaftsführung heranbilden müssen, soweit sie sich nicht aus den eigenen Gegebenheiten dazu findet.

Die gesamte Bildungsarbeit der Gewerkschaften hat diese Priorität zur Voraussetzung. Sepp Kiene.

Genosse Brown vom IGB über die Einigungsfrage.

Der englische Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Brown, hat sich zu einem Vertreter des Amsterdamer „Telegraaf“ über das Verhältnis der Amsterdamer Internationale zu den Russen geäußert. Er bezeichnet es als einen Irrtum, das Bestreben der Engländer nach einer nicht an Bedingungen geknüpften Konferenz der Russen mit der Leitung des IGB, als im Widerspruch stehend zu der Entschliessung des Wiener Gewerkschaftskongresses zu betrachten. Die Leitung des IGB wisse, daß die Vertreter der englischen Gewerkschaften auf Grund der Beschlüsse des Kongresses von Scarborough mit den Russen überlegen würden, auf welche Weise künftig im Interesse der internationalen Gewerkschaftsbewegung gehandelt werden müsse. Es sei fest, daß die Gewerkschaftszentralen von Norwegen, Finnland, Japan und Mexiko nur auf den Augenblick warten, wo die Einigkeit der russischen Gewerkschaften verwirklicht ist, um sich dann der neuen Internationale anzuschließen. Anders sei die Lage gegenüber den Vereinigten Staaten. Die Politik des amerikanischen Gewerkschaftsbundes sei so, daß er bei einem Anschluß der Russen an die Amsterdamer Internationale dieser auf absehbare Zeit fern bleiben werde. Die Gewerkschaften Australiens und Neuseelands hätten für Anfang 1926 eine Gewerkschaftskonferenz in Honolulu angesetzt, wo das ganze Problem erörtert werden soll.

Der amerikanische Bergarbeiterverband ein Truist!

Ende November dieses Jahres hat der amerikanische Richter Mr. Clinton (West-Virginia) die Erklärung des Bergarbeiterverbandes als einen Verstoß gegen das Anti-Trust-Gesetz erklärt. Man sieht in dieser richterlichen Entscheidung eine Erklärung für das Verhalten der Regierung im gegenwärtigen Bergarbeiterstreik im Anthrazit-Gebiet, in dem sie bisher nicht mit der Absicht, auf eine Beendigung hinzuwirken, eingegriffen hat. Der Verband nimmt diesen Richterpruch nicht bedauerlich tragisch; er erwartet von der Revisionsinstanz, die er angerufen hat, eine Aufhebung des Spruches.

Noch kein Ende im amerikanischen Bergarbeiterstreik.

Das Zustandekommen von Verhandlungen im amerikanischen Kohlenarbeiterstreik scheint wider Erwarten gescheitert zu sein. Die Arbeitgeber des Streiks, die die Arbeitnehmerorganisationen vor Eintritt in die Verhandlungen ihre Bedingungen bekanntgeben. Sie scheinen entschlossen zu sein, bis zum Neuanfang zu gehen, um die Reihen der Gewerkschaftsorganisationen zu erschöpfen. Vieles wird mit einer längeren Dauer des Streiks, der sich immer schärfer fühlbar macht, gerechnet.

Ein Warnungsruf der ostpreussischen Landarbeiter.

Am 13. Dezember fand in Ostpreußen eine außerordentlich stark besuchte Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes statt. Ueber die Stimmung, die dort herrschte, unterrichtet die nachstehend wiedergegebene Entschliessung. Die Entschliessung lautet:

„Die heute, am 13. Dezember 1925, in Königsberg i. Pr. stattfindende Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes, die aus allen Kreisen der Provinz durch Delegierte besetzt ist, hat zu der überaus traurigen wirtschaftlichen Lage und der furchtbaren Not der Landarbeiter, hervorgerufen durch die niedrige Entlohnung, Stellung genommen. Die Konferenz stellt fest, daß in Ostpreußen die aller niedrigsten Löhne an die Landarbeiter gezahlt werden. Der ostpreussische Deputat erhielt im Oktober 1925, denn, wenn man kein Deputat nach dem Berliner Wägenpreis berechnet, einen Gesamthundenlohn von 28 Pf. In diesem Lohn sind 4,31 Pf. Barlohn enthalten. In diesem Gesamthundenlohn von 28 Pf. ist noch ein Teil des Lohnes der Frau, sowie des zu stellenden Hofsängers einbezogen. Der Lohn der Deputantenfrau betrug im Oktober 1925 11,43 Pf. pro Stunde. Der Hofsänger im Alter von 16 bis 18 Jahren bekommt 9,38 Pf. Stundenlohn. Ebenso niedrig stehen die Löhne für die übrigen Arbeiterkategorien. Diese niedrige Entlohnung ist vollständig unhaltbar geworden. Die Lebenshaltung der Landarbeiter und deren Familien hat einen Tiefstand erreicht, der zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt und zur vollständigen Verelendung führen muß, wenn nicht sofort eine wesentliche Besserung eintritt. Sieht man heute kaum noch die Tuberkulose und die Unterernährung, insbesondere bei den Frauen und den Kindern der Landarbeiter, einen großen Umfang in Ostpreußen angenommen hat. Zu der niedrigen Entlohnung kommt noch das immer schärfer hervortretende Bestreben der Arbeitgeber, die be-

stehenden Rechte der Landarbeiter zu vernachlässigen. Die Arbeitslosigkeit wird besonders durch die immer schlechter werdende Behandlung der Arbeiter seitens vieler Arbeitgeber, die sogar die Prügelstrafe in ihren Betrieben einführen versuchen, vollständig beseitigt. Auch die systematische Verfolgung der Betriebsräte sowie der Funktionäre des Deutschen Landarbeiterverbandes muß auf die Dauer zur Arbeitslosigkeit der gesamten Landarbeiterklasse der Provinz führen.

Durch die vorgenannten, von den Arbeitgebern hervorgerufenen unglücklichen Zustände ist die große Gefahr vorhanden, daß gerade die besten Arbeitskräfte zur Abwanderung gezwungen und somit der Landwirtschaft, meistens für immer, entzogen werden.

Diese Tatsache liegt nach Ansicht der Konferenz nicht im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Die Delegierten weisen die Behörden nachdrücklich auf diese Zustände hin. Sie bedauern hierbei, daß die staatlichen, in Frage kommenden Stellen, bisher leider allzu oft gegen die ureigensten Interessen der ostpreussischen Landarbeiter eingeschritten haben. Die staatlichen Stellen haben vielmehr fast immer nach den Wünschen der Arbeitgeber ihre Entscheidungen gefällt.

Die Landarbeiterschaft Ostpreußens nimmt für sich in Anspruch, bisher unter weitgehendster Zurücksetzung ihrer eigenen Wünsche und Bedürfnisse, im Interesse der Gesamtwirtschaft weit mehr persönliche Opfer gebracht zu haben, als alle anderen Berufsstände.

Die Konferenz beauftragt die Verbandsleitung, alle zur möglichen Besserung der Lage der Landarbeiter herbeizuführen.

Die Konferenz fordert alle Landarbeiter auf, sich dem Deutschen Landarbeiterverband anzuschließen. Die Landarbeiter müssen erkennen, daß nur durch einheitlichen Zusammenschluß eine Besserung ihrer Lage eintreten kann.

Die Konferenz erkennt, daß jede Zerstückelung unter der Arbeiterschaft ihr zum Schaden gereichen muß.

Die Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes sind deshalb bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der gewillt ist, die traurige trostlose Lage der Landarbeiterschaft besser zu helfen.

Diese Entschliessung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie zeigt, daß es die Landarbeiter fast bekommen, sich noch länger mit den augenblicklichen, geradezu skandalösen Verhältnissen zufrieden zu geben. Hoffentlich ziehen die landwirtschaftlichen Unternehmer und die zuständigen Regierungsstellen aus dieser Situation und Stimmung die schon seit langem fälligen Konsequenzen und lassen sie es sich endlich angelegen sein, dem sozialen Gedanken eine größere Geltung in der deutschen Landwirtschaft zu verschaffen.

Urabstimmung über den Schiedsspruch des Bankpersonals.

Ueber den vor den Weihnachtsfeiertagen gefällten Schiedsspruch zur Regelung der Tariffragen des Bankpersonals wird der Allgemeine Verband der Bankangestellten eine Urabstimmung vornehmen.

Genau betrachtet, bringt der Schiedsspruch eigentlich nur in der Arbeitszeitfrage eine kleine Verbesserung. Nach der bisherigen Regelung begann die Ueberstundenbezahlung erst nach der 58. Arbeitsstunde, jetzt soll sie nach der 50. eintreten. Wohl betont der Schiedsspruch, daß die regelmäßige Arbeitszeit 48 Stunden pro Woche beträgt und alle Arbeitszeit darüber hinaus Ausnahme ist; im Bedarfsfalle jedoch soll die Arbeitszeit 54 Stunden betragen. Hier bleibt die Frage offen, wer den Bedarfsfall bestimmt. Solange nicht die Mitwirkung des Betriebsrates festgestellt oder im Streitfalle eine neutrale Instanz zur Entscheidung da ist, wird bei der Feststellung des Bedarfsfalles der Willkür immer Tür und Tor geöffnet sein. — Die Gehaltsregelung lehnt sich etwas allzu stark an den Schiedsspruch für das Versicherungsgewerbe an; sie wird von der gesamten Bankangestelltenchaft als unzulänglich empfunden.

Der Abbau im Ruhrbergbau.

Der Bergbauverein in Essen hat bei den ihm angeschlossenen Zechen eine Rundfrage über den Stand der Betriebseinsparungen und Stilllegungen am 15. Dezember gehalten. Nach den eingegangenen Antworten, die 97,69 Prozent der Belegschaft umfassen, ist das Ergebnis für den ganzen Bezirk zu schätzen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug am vierzehnten Arbeitstag des Monats November 400.490, die Zahl der technischen Beamten 16.930, die der kaufmännischen Beamten 7332. Am 30. November sind entlassen worden: 3074 Arbeiter, 41 technische und 6 kaufmännische Beamte. Ferner ist gekündigt worden 1758 Arbeitern, 262 technischen und 178 kaufmännischen Beamten. Außerdem ist beabsichtigt, in nächster Zeit 7712 Arbeitern zu kündigen. Am 1. Dezember sind mitgeh entlassen oder zur Entlassung vorgesehene: 12.544 Arbeiter, 303 technische und 184 kaufmännische Beamte.

Von der Zeche Fürst Leopold in Herzeil wird gemeldet, daß 200 Arbeiter am 1. Januar 1926 zum 15. Januar 1926 gekündigt werden müssen. Auf Zeche Kaiser Friedrich ist die Kündigung von 60 Arbeitern zum gleichen Zeitpunkt vorgesehen. Diese Rundfrage ist sehr unvollständig. Sie müßte mindestens auf den Zeitraum ab 1. Oktober ausgedehnt werden.

Von Niederlage zu Niederlage.

Am Sonntag, den 20. Dezember, waren in Dortmund die Vertretermahlen zur Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Diese Wahl ist der Justiz der Ortswahlmänner der genannten Gewerkschaft in „Industriebezirk“. Trotz aller Stürme ist Dortmund bisher immer sicherer Besitz der Amsterdamer Richtung gewesen. In diesem Jahre wollte die kommunistische „Opposition“ unter allen Umständen die Gewerkschaften durch ungeliebte Versammlungen abspalten, die gesamte kommunistische Partei wurde in den Dienst der „Abteilung Gewerkschaft“ gestellt. Und der Erfolg? Von 43 in Dortmund zu wählenden Vertretern bekam die KPD ganze drei Mandate! Seit der Erschaffung der Welt bis zum „Eli“ Brief steigt die „Opposition“ von Niederlage zu Niederlage. Nach dem „Eli“ Brief gehts besser — es fehlen nur noch 100 Prozent.

Kommunisten und Stahlhelmer als Streifbrecher.

Seit dem 23. September 1925 steht die Arbeiterchaft der Salm Schörsbeek a. d. E. im Streik. Das Reichsarbeitsministerium hat den Schlichter von Magdeburg beauftragt, eine Einigung zu versuchen. Die „Zeitung“ lehnte jedoch das Ersuchen ab in der Erwartung, daß bis bis Dezember Arbeitswille genügend finden. Die Hoffnung wurde enttäuscht; eine Zustimmung ergab, daß nur fünf Mann für die Bedingungen der „Zeitung“ zu haben sind. Und die Hoffnung, Streifbrecher aus den Reihen der Erwerbslosen zu finden, ist gescheitert. Die sieben Streifbrecher der Belegschaft, die Stahlhelmer und ähnliche Leute sind, haben jetzt einen würdigen Zuwachs erhalten. Einer der größten kommunistischen Schreier, namens Weber, hat das Bestreben des Streikbrechens begangen. In der bisher besprochenen Gewerkschaften wollte er wegen Unzufriedenheit nicht gehen, und nun wurde er, nach seinen Angaben auf Karren seiner Frau, Streifbrecher. Bei jeder Gelegenheit zog seine Frau als kreischende Amazone mit dem roten Kopfschmuck herum, jetzt ist sie Agentin zur Werbung von Streifbrechern und sucht diese Tätigkeit öffentlich auszuüben.

Wirtschaft.

Die deutsche Außenhandelsbilanz im November.

Berlin, 12. Dezember.

Die deutsche Außenhandelsbilanz unterlag im November folgender Entwicklung:

| Einfuhr: | Novbr. 1925 | Oktr. 1925 | Januar bis Novbr. 1925 |
|---------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|
| | (in 1000 RM. nach Gegenwärtigen) | (in 1000 RM. nach Gegenwärtigen) | (in 1000 RM. nach Gegenwärtigen) |
| Import: | 894 333 | 1 118 943 | 12 403 002 |
| Darunter sind: | | | |
| Lebende Tiere | 7 178 | 9 800 | 116 412 |
| Lebensmittel u. Getränke | 250 869 | 355 696 | 3 791 183 |
| Rohstoffe und halbfertige Waren | 436 876 | 506 825 | 5 882 476 |
| Fertige Waren | 132 007 | 201 861 | 1 501 320 |
| Ausfuhr: | 706 976 | 850 331 | 8 033 307 |
| Darunter sind: | | | |
| Lebende Tiere | 2 310 | 1 106 | 14 358 |
| Lebensmittel u. Getränke | 50 813 | 43 531 | 444 495 |
| Rohstoffe und halbfertige Waren | 167 105 | 155 543 | 1 478 830 |
| Fertige Waren | 571 624 | 645 203 | 6 060 473 |

Man darf annehmen, daß der Ausweis für November mehr als in den früheren Monaten einen Schluß auf die künftige Entwicklung in unserer Handelsbilanz gestattet. Diese prägt sich durch die seit Monaten zu beobachtende Verminderung der Passivität aus. Der Passivsaldo beträgt für November nur 60 Millionen Mark gegenüber 223 Millionen im Oktober. Damit hat der November einen der niedrigsten Einfuhrüberschüsse während des ganzen Jahres erreicht. Zu bemerken ist aber, daß für die reine Warenfuhr allein eine Abnahme in Höhe von 218 Millionen Mark zu konstatieren ist. Daran sind beteiligt: Lebensmittel und Getränke mit rund 105, Rohstoffe und halbfertige Waren mit 41 und fertige Waren mit 69 Millionen Mark. Die reine Warenfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine Abminderung von 54 Millionen Mark; die Ausfuhr an Fertigwaren jedoch eine Abminderung von 74 Millionen Mark, während die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken und Rohstoffen und halbfertigen Waren eine Steigerung von 7 bzw. 12 Millionen aufzuweisen hat.

In der Einfuhr zeigt der Import an Lebensmitteln und Getränken im November gegenüber dem Vormonat einen Rückgang von 104,8 Millionen Reichsmark. Daran sind beteiligt: pflanzliche Öle und Fette, Schokolade, Käse, Eier, Süßwaren und Obst. Dagegen ist bei der Einfuhr von Weizen eine Steigerung der Einfuhr von 12,4 Millionen Mark festzustellen. Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist gegenüber dem Vormonat eine Abnahme von 40,9 Millionen Mark auf. In der Warenfuhr haben Anteil: Wolle, Kautschuk, Hopfen, Kohle, Holz, Getreide und Samen, während die Einfuhr an Baumwolle und Bau- und Holzwaren gestiegen ist. Die verminderte Einfuhr an Fertigwaren ist auf den gestiegenen Import an Textilwaren und Kraftfahrzeugen zurückzuführen.

Die Ausfuhr an Fertigwaren zeigt eine Abnahme in Höhe von 75,6 Millionen Mark; allein die Ausfuhr an Textilfertigen ist gegenüber Oktober um 28,8 Millionen Mark zurückgegangen; beteiligt sind insbesondere Gewebe, Kleidung und Schuhe. Einmal die Ausfuhr an Holzwaren, Eisenwaren und Maschinen einen beträchtlichen Rückgang. Dasselbe gilt für die Ausfuhr von Pelzen und Pelzwaren, Häuten, Früchten, Getreide und sonstigen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen usw. Gegenüber dem Monat Oktober sind auch in der Ausfuhr an elektrischen Erzeugnissen, Wasserfahrzeugen und Kautschukwaren Veränderungen eingetreten.

Die Wirtschaftskrise in Rheinland-Westfalen vor einer Katastrophe.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet kommen seit einigen Tagen Alarmnachrichten, die davon sprechen, daß eine lokale Katastrophe eintrete, wenn nicht rasch großzügige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen würden. Vor allem müsse die produktive Erwerbslosenfürsorge mit voller Energie eingreifen; leider habe gerade in diesem Punkt die preussische Regierung jede Initiative vermissen lassen. Die Steigerung der Arbeitslosenunterstützung werde für die Arbeitslosen unzureichend und die Gemeinden im Ruhrgebiet hätten deshalb bei der preussischen Regierung den Antrag gestellt, die Verantwortung der Erwerbslosengehälter auf eine andere Grundlage zu stellen.

Die Vorwürfe gegen die preussische Regierung, die sich zum Teil aus der mit den Schwierigkeiten des Winters steigenden Arbeitslosigkeit erklären lassen, werden der Tätigkeit der preussischen Regierungsstellen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht gerecht. Schon seit langem hat die preussische Regierung mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise geredet und das Wirtschaftsministerium hat deshalb bereits seit dem Frühjahr zur Ausschüttung eines Programms für Arbeitsbeschäftigung eine Reihe von Verhandlungen geführt, so z. B. über die Straßenbauarbeiten des Ruhrgebietes, über den Kohlenbauarbeiten für den Ruhrgebiet und über den Gebirgsbauarbeiten im Regierungsbezirk Koblenz. Alle diese Verhandlungen galten in erster Linie der Vorbereitung von Arbeitsbeschäftigung für den Winter.

Im Juli d. J. fand dann eine Besprechung statt, an der sich sämtliche Oberpräsidenten, vor allem die leitenden Stellen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, beteiligten. Die Besprechung hatte den Zweck, das Arbeitsbeschäftigungsprogramm nochmals zu überprüfen und weiter auszubauen. Anfangs Dezember folgte eine neue Besprechung der Oberpräsidenten in Berlin unter der Leitung des Wirtschaftsministers. Sie wurde der Klärung der Frage der Darlehensverleihung, Freigabe von jedem zur möglichen Entgegennahme bei der Bewilligung von Darlehen aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Bereitstellung der Arbeitsstellen, vor allem das Reichsarbeitsministerium, hatten ebenfalls und anderen. Die Zustimmung der Reichsregierung für die Darlehensverleihung liegt vor, nur die Ermächtigung des Reichsarbeitsministeriums fehlt noch aus. Sobald das Reich seine Ermächtigung zu den preussischen Vorstufen gegeben hat, wird der entsprechende preussische Erlass an die Regierungsstellen hinausgehen. Die Entscheidungen bestehen vor allem in der Ermächtigung des Finanzministeriums und in der Freigabe der Darlehensbeiträge des Reichs und des Staates zur Entlastung der Gemeinden. — Ueber die Ausschüttung der Darlehensmittel ist bis jetzt ein bestimmter Antrag bei den maßgebenden preussischen Stellen noch nicht eingelaufen.

Die fortschreitende Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, die sich nach der Aufhebung des Arbeitsbeschäftigungsprogramms zu einer Dauerarbeitslosigkeit auszuwickeln wird, zwingen dazu, daß es sich als möglich eine französische Arbeitsbeschäftigungsgesellschaft zu schaffen. Der Reichstag wird jedoch nach seinem Widerstandswortteil im Januar kaum gehen können, das vorliegende Arbeitsbeschäftigungsprogramm ist zu ungenügend, daß es zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahre eine wirksame Maßnahme bietet. Schon jetzt zeigt sich, daß auf lange Zeit hinaus die Arbeitsbeschäftigung die Kernfrage der Wirtschaftsfrage ist. Es muß deshalb in der Arbeitsbeschäftigung ganz Arbeit gemacht werden. Die zu dem vorliegenden Zeitpunkt von den Gewerkschaften aufgestellten Beschäftigungsvorschläge, zum Beispiel zur Freigabe des Reichs, der Heranziehung öffentlicher Mittel zur Arbeitsbeschäftigung, zur Verleihung der Darlehen der Gemeinden, sowie auch der Straßenbau und die Mobilisierung der Arbeitsbeschäftigung sind notwendig, wenn man nicht, wie es unter allen Umständen im Ruhrgebiet durchzuführen ist, bei dem Arbeitsbeschäftigungsprogramm die Arbeitsbeschäftigung als ein Mittel zu betrachten, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, die Arbeiter bei der Zeit zu beschäftigen.

Lady Astor, Mitglied der Arbeiterpartei Großbritanniens



hat die englischen Anhänger des Kommunismus vor eine irreführende Probe gestellt. Sie hat sich erboten, jedem englischen Kommunisten, der wirklich an die Sowjetrepublik glaube und deshalb seinen jetzigen Wohnort haben könne, als im gelobten Lande des Kommunismus zu leben, die Reise nach Rußland zu bezahlen. Die Einwanderer können ihre Familie mit sich nehmen, für die die Reise ebenfalls bezahlt wird; sie müssen sich aber verpflichten, zwei Jahre in Rußland zu bleiben. Auf den eigentlichen und interessantesten Vorschlag von Lady Astor sind bisher Meinungen noch nicht erfolgt.

Der deutsche Arbeitsmarkt am Jahresluß.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die dritte Dezemberwoche ist neuerdings eine weitere, sehr erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten. Betriebsstilllegungen, Entlassungen, Kurzarbeit und Werkverleibungen nehmen überhand; die regelmäßig zu Weihnachten eintreffende Nachfrage nach Arbeitskräften ist dieses Jahr nicht sichtbar geworden. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden neue größere Entlassungen vorgenommen. Allgemein wurde über eine besonders große Zunahme der Arbeitslosen berichtet in den Servicegruppen der Industrie, der Steine und Erden, der Metallindustrie, der Holzindustrie, des Bekleidungsgebietes, des Raugewerbes, des Bergbauwesens und der ungelerten Arbeit. Auch in der chemischen, der Textil- und Papierindustrie, sowie dem Bergbau sind Entlassungen im Angebot von Arbeitskräften getrieben, ohne daß eine entsprechende Nachfrage gegenübersteht. Besonders ungünstig ist die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen, Rheinland, Hessen, Silesien-Pommern und der Pfalz, in Hamburg, Bremen und Lübeck, sowie in Berlin.

Abbau im Thyssen-Konzern.

Die Firma Thyssen-Haniel in Düsseldorf, die erst kürzlich mit dem Bau eines Lagers begonnen hatte, ist nunmehr aufgelöst worden und der Düsseldorf-Bezirk der Rheinischen Eisenhandels-Gesellschaft in Köln unterstellt worden. Auch die Firma Thyssen-Haniel in Essen ist nicht selbständig und untersteht ebenfalls der Rheinischen Eisenhandels-Gesellschaft. In sachmännlichen Kreisen bringt man diesen Abbau mit dem gestiegenen Konkurrenzdruck in Zusammenhang, denn die obigen Maßnahmen betreffen lediglich eine Umstrukturierung der Konkurrenz der drei größten Konzern-Eisenhandelsgesellschaften in Düsseldorf untereinander. Das Eisenhandelsunternehmen, speziell des Rheinisch-Konzerns, hat mit seinem großen Lager keine Hauptorganisation in Düsseldorf. Dagegen kommt als weitere Konzern-Eisenhandels-Gesellschaft die in „Rein-Elber“ bzw. in „Deutsche“ gehörende Firma Siegfried & Cörling, ferner die zum Thyssen-Konzern gehörende „Rheinische Eisenhandels-Gesellschaft“, dann noch „Kölnener“ und „Saar-Montan“ (Saar) als weitere wichtige Lagerhalter für Düsseldorf die „Thyssen-Haniel“ in Frage. Das Kölner Reich ist jedoch das hauptsächlichste Arbeitsgebiet des Thyssen-Konzerns für Lagermaterial, so daß Thyssen mit existierenden Gründen keine Düsseldorf-Bezirk-Eisenhandels-Gesellschaft auflösen kann.

Der Deutsche Städtetag gegen die Stilllegungen.

Die außerordentliche Zunahme der Erwerbslosigkeit in den letzten Wochen ist im Verband des Deutschen Städtetages Gegenstand eingehender Beratungen gewesen. Der Städtetag hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß das Hauptgewicht darauf zu legen sei, die Betriebe der Privatindustrie im Gang zu halten. Soweit die Arbeiter aus Kapitalnot hierzu nicht in der Lage sind, wird die Regierung eine entsprechende Stützungsaktion unterstützen und der Industrie Kredite zur Verfügung stellen müssen. Der Städtetag hat in einer an die Regierung gerichteten Eingabe immer gefordert, daß zur Vermeidung der Zahl der Erwerbslosen auch Reich, Länder, Reichsbahn und die sonstigen öffentlichen Stellen, die Beiträge zu vergeben haben, Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten. Die Arbeitsbeschäftigung der Gemeinden erfordert gegenwärtig derartige Zuschüsse, daß viele bei der eigenen finanziellen Notlage nicht in der Lage sind, mit den geringen Krediten der Regierung und ohne Zuschüsse die Arbeitsbeschäftigung zu finanzieren. Daraus ergibt sich, daß den Gemeinden irgend welche Zuschüsse für die Arbeitsbeschäftigung bewilligt werden. Nur mit Hilfe dieser wird es möglich sein, in größerem Umfang Erwerbslose mit Arbeitsstellen zu beschäftigen.

Unbegrenzte Stilllegungen.

Die aus Spekulationsgründen vorgenommenen Stilllegungen von Kohlenwerken nehmen allmählich eine Umfang an, der zu einer wirtschaftlichen und sozialen Gefahr für die ganze Bevölkerung des Ruhrgebietes zu werden droht. So hat der Aufsichtsrat der Ruhrischen Eisenwerke A.-G. in Weimar den Beschluß gefaßt, die Jahre III und IV von 1. Januar 1926 stillzulegen und sie zu einer anderen großen Bergwerks-Gesellschaft zu verkaufen mit dem Ziel der Liquidation und Abwicklung. Die Gesellschaft hat die Stilllegung bereits angeordnet und den Angehörigen in ihrer Gesamtheit gefordert; den Arbeitern wurde ebenfalls von der Stilllegung bereits Mitteilung gemacht. Noch vor kurzer Zeit beschloß die Ruhrische Eisenwerke A.-G. eine Kapitalerhöhung von 20 Millionen Reichsmark; diese Kapitalerhöhung ist bereits im Oktober 1925 erfolgt; die Kapitalerhöhung ist vollständig, die Jahre III und IV von 1. Januar 1926 stillzulegen und sie zu einer anderen großen Bergwerks-Gesellschaft zu verkaufen mit dem Ziel der Liquidation und Abwicklung. Die Gesellschaft hat die Stilllegung bereits angeordnet und den Angehörigen in ihrer Gesamtheit gefordert; den Arbeitern wurde ebenfalls von der Stilllegung bereits Mitteilung gemacht. Noch vor kurzer Zeit beschloß die Ruhrische Eisenwerke A.-G. eine Kapitalerhöhung von 20 Millionen Reichsmark; diese Kapitalerhöhung ist bereits im Oktober 1925 erfolgt; die Kapitalerhöhung ist vollständig, die Jahre III und IV von 1. Januar 1926 stillzulegen und sie zu einer anderen großen Bergwerks-Gesellschaft zu verkaufen mit dem Ziel der Liquidation und Abwicklung.

Spekulationsquote auf seine anderen Anlagen übertrug. Jahre III und IV außer Betrieb legen wird. Eine Stilllegung kann nicht in Frage kommen, da die Kapitalerhöhung ist, daß die Stilllegung gleichbedeutend ist mit dem Ende der Jahre.

Staatsministerium und Reichsregierung müssen vereint einschreiten, um dieser Spekulation Stilllegung, wenn im gesetzlichen Wege, vorzubeugen. Die Ruhrische Eisenwerke A.-G. betrug die Stilllegung als Wertobjekt und läßt die Interessen der Staat und der beteiligten Kommunen, die mit ihrer Bekämpfung auf Gewinn und Verlust mit der Höhe verknüpft sind, unberücksichtigt. Das ist ein unerträglicher Zustand. Die Durchführung solcher Stilllegungen aus rein spekulativen Gründen muß zur völligen Anarchie der Wirtschaft führen. Unterbindung ist für den Staat eine Lebensnotwendigkeit.

Die Steigerung der Steinkohlenförderung.

Die zahlreichen Meldungen über umfangreiche Stilllegungen von Kohlenbergwerken (im Ruhrgebiet allein sind bis Oktober 63 Zechen stillgelegt worden) legen den Gedanken nahe, daß die Kohlenproduktion außerordentlich eingeschränkt sei. Die Statistik aber zeigt das Gegenteil. Die Kohlenförderung Deutschlands ist nicht nur gegenüber dem vorigen Jahre erheblich gestiegen, sondern hat auch beinahe die Vorkriegshöhe erreicht. In Steinkohlen zum Beispiel wurden 1913 monatlich im Schnitt 11,78 Millionen Tonnen gefördert, 1924 durchschnittlich Monat nur 9,90 Millionen Tonnen. Im zweiten und dritten Vierteljahr 1925 dagegen betrug der Monatsdurchschnitt Steinkohlenförderung bereits 10,92 Millionen Tonnen, im Oktober dieses Jahres wurden 11,86 Millionen Tonnen gefördert. Dabei ist die oberste Kohlenförderung viel stärker angestiegen als die des Ruhrgebietes. Noch größer aber ist die Zunahme Braunkohlenförderung, die mit 10,36 Millionen Tonnen Monatsdurchschnitt schon 1924 die Vorkriegshöhe erreichte. Im ersten Vierteljahr 1925 betrug die Förderung 7,7 Millionen Tonnen, im Oktober 12,76 Millionen Tonnen. Auch die Koks- und Koksenerzeugung ist im Laufe des Jahres zugenommen. Die Koksenerzeugung im ersten Vierteljahr dieses Jahres betrug 1,1 Millionen Tonnen, im Oktober 1,4 Millionen Tonnen. Die Koksenerzeugung ist im Laufe des Jahres zugenommen. Die Koksenerzeugung im ersten Vierteljahr dieses Jahres betrug 1,1 Millionen Tonnen, im Oktober 1,4 Millionen Tonnen. Die Koksenerzeugung ist im Laufe des Jahres zugenommen.

Die Kohlepreise für Januar und der Kohlepreise.

Die Kohlepreise für Januar sind um 50 Prozent der Produktionsfähigkeit der Kohlenwerke zurückgegangen; die Preise sind sehr zögernd und fast täglich gehen bei den Kohleerzeugern auf Steigerung ein. Besonders schwach ist die Lage der Siegerländer Kohlenwerke; von den 20 vorhergehenden Jahren ist nur noch 7 unter Feuer und man rechnet mit Stilllegung weiterer Zechen. (Daß die Bremer Hütte jetzt einen Dien angeht, hat, liegt an der Zwickauer Hütte mit dem Mannesmann-Werke, die jetzt als Selbstverwalter ihre Kohlen von der Bremer Hütte beziehen.) Der augenblicklich minimale Preisbedarf fällt zu einem großen Teil auf französische Werke, wie die deutschen Preise im Durchschnitt 2 Mark pro Tonne, Frachtpreis Schnittpunkt gerechnet, zu liegen. Man hat erwartet, daß der Kohlepreisanstieg die überhöhten Marktlage durch eine Ermäßigung der Verkaufspreise für Januar Rechnung tragen würde. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die augenblicklichen Preise den Werken zu bringen, so hätte man andererseits aus volkswirtschaftlicher Interesse unbedingt für Januar eine Anpassung an die jetzigen Preise vornehmen müssen, denn wenn es den Preis weiter möglich ist, wie bisher unbeschränkt einzuführen, schädigt sich der Kohlepreisanstieg bzw. die ihm angelegten Werte selbst — denn dadurch ist den Franzosen bei den dem wieder aufzunehmenden Handelsvertragsverhandlungen ein größeres Kontingent für die Zollfreie Einfuhr nach Deutschland zu beanspruchen.

Zur Entwicklung der Bautätigkeit.

Im dritten Vierteljahr 1925 schreibt das Reichsstatistische Amt 42 Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern betrug der Zugang an Gebäuden im Jahre 1924 rund 12 899. Davon 6551 Wohngebäude mit 21 160 Wohnungen. Auf das dritte Vierteljahr entfielen 2806 Gebäude bzw. 1359 Wohngebäude 4406 Wohnungen. Im dritten Quartal 1925 betrug der Zugang 4509 Gebäude, wovon 2736 Wohngebäude mit 9504 Wohnungen waren. Gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1925 ist der Zugang an Gebäuden zurückgegangen, und zwar um 175 Gebäude. Dagegen hat sich der Zugang an Wohnungen um 60 und der Zugang an Wohnungen um 850 erhöht. Für 44 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 50 000 bis 100 000 werden folgende Zahlen angegeben: Der Zugang an Gebäuden im Jahre 1924 betrug 3326 (2145 Wohngebäude mit 6999 Wohnungen). Im 3. Vierteljahr 1924 wurden fertiggestellt 918 Gebäude (davon 543 Wohngebäude mit 1495 Wohnungen). Im dritten Vierteljahr 1925 betrug der Zugang an Gebäuden 2558. Davon waren 781 Wohngebäude mit 2385 Wohnungen. Gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1925 ist der Zugang an Gebäuden um rund 125, der an Wohngebäuden um rund 95 und der an Wohnungen um 817 gestiegen. Die Zahl der in allen Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern während der ersten neun Monate 1925 errichteten Gebäude übersteigt den Zugang im gleichen Zeitraum Jahres 1925 um 68,7 Prozent und sogar den Zugang des Jahres um 12,1 Prozent. Die Zahl der neu geschaffenen Wohnungen selbst ist um 72,5 Prozent größer als im Zeitraum 1924 und um 16 Prozent größer als im Jahre 1924.

Die Kohlenausfuhr aus dem Don-Becken im Jahre 1924/25.

Bis zum 1. Dezember 1925 wurden im ganzen 225 250 Don-Kohle ausgeführt, die sich folgendermaßen verteilte:

| | Kohle | Anthrazit | Insgesamt |
|----------------------------------|---------|-----------|-----------|
| Italien | 91 316 | 23 421 | 114 737 |
| Türkei, Griechenland und Ägypten | 86 947 | 17 050 | 103 997 |
| Frankreich | — | 9 362 | 9 362 |
| Österreich | — | 1 242 | 1 242 |
| Polen | — | 15 | 15 |
| Zusammen: | 178 263 | 47 004 | 225 267 |

Die ursprüngliche Kapazität des Mariupol-Beckens 35 000 Tonnen im Monat ist gegenwärtig auf 100 000 Tonnen im Monat gestiegen. Im nächsten Jahre hofft man, diese Kapazität auf 150 000 Tonnen zu bringen.

Wesentlich Importentzusammenhang in den Don-Becken. Ein im amerikanischen Kongress eingebrachter Entwurf sieht, laut Reporter-Kabelbericht des „Kölnischen Volksblattes“ vom 1. Dezember, die Bildung einer Import-Verwaltung zwecks korporativer Abwicklung wichtiger ausländischer Rohmaterialien, insbesondere Kohle, Kalk, Kautschuk usw., vor.